



FIGU ZEITZEICHEN

Sonderausgabe

Aktuelles • Erkenntnisse • Medienartikel



Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

12. Jahrgang
Nr. 215 Sept./1 2026

**Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen,
kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.**

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte: Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen, Ideologien, Abhandlungen, Artikeln und Leserzuschriften müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in einer Sach- oder Sichtweise mit dem Missionsgut oder Habitus der FIGU verbindend sein.



Für alle in den FIGU-Zeitzeichen publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die nötigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren sowie der betreffenden Medien! Auf vielfach geäusserten Wunsch der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Leser evtl. wichtige Teile von Kontaktberichten, sowie wichtige Belange aus Politik, wie auch wertige oder humoristische private Beiträge veröffentlicht werden, jedoch auch neue Fakten und Angaben für neue FIGU-Gruppierungen in anderen Staaten, wie ebenso weltweit gegen die FIGU geführte Lügen und Betrügerei.

Warnung bezüglich Verwendung von KI resp. Künstliche Intelligenz

KI-generierte Plattformen und KI-Programme greifen seit geraumer Zeit immer tiefer in den menschlichen Alltag ein, wobei Menschen die Künstliche Intelligenz auch reichlich für Verfälschungen aller Art benutzen, dabei jedoch nicht erfassen, dass sie obrigkeitlich usw. ständig mehr kontrolliert und unterjocht werden. Dazu dient auch die Verwendung von Kreditkarten zur bargeldlosen Zahlung, was angeblich den Menschen freier machen soll. KI-Internetrecherchen zu Informationen, Bildbearbeitung, Animationen, Überarbeitung von Filmen, KI-autarke Korrekturen von Schreibfehlern, Texten oder von Übersetzungsprogrammen usw. usf. machen den Menschen immer mehr KI-abhängig. Allerorts öffnet sich ein KI-generiertes Tool, welches scheinbar das Leben erleichtert und sehr viel Mühe, Zeit und Energie sparen soll. Aus Bequemlichkeit, Freude und Unachtsamkeit werden gewisse KI-Möglichkeiten zum Spieltrieb und dadurch dem KI unumschränktes Vertrauen geschenkt. Davor ist mit allem Nachdruck zu warnen, denn es ist bedacht zu werden, dass die Nutzung von KI ein sehr grosser Teil der persönlichen Freiheit aufgegeben wird, wie auch die eigene Selbstständigkeit und Verantwortung weggeschoben und aufgegeben wird. Es fehlt dem Menschen das Wissen, dass sich die KI bereits infolge aktiver interner Lernprogramme stark verselbstständigt hat, was ihr erlaubt Äusserungen und Entscheidungen der KI-Nutzer zu manipulieren, zu verändern und zu zensurieren – und durch Lügen zu verfälschen. Die Künstliche Intelligenz ist also jetzt schon umfassend in der Lage, Verschleierungstechniken anzuwenden und zu Lügen, und kann so aufgrund mangelnder Sicherheitsvorkehrungen sich jeder menschlichen Kontrolle entziehen, wie auch ihre eigens erstellten Programme von Menschen nicht mehr gelöscht werden können – wenn sie diese noch zu erfassen vermögen. Die KI selbst kopiert bereits für die Menschen unbemerkt in sich eigenständig Programme und schützt diese gegen menschliche Fremdeingriffe. Und das kann nicht mehr gestoppt werden! (Aussage: Plejarisches Gremium)

Die Erfahrungen der FIGU zeigen deutlich auf, dass KI selbstständig in die Kontaktberichte eingreift und bestimmte Themen, Äusserungen und Erklärungen verwässert, verfälscht oder gar ganz zu verhindern versucht, indem einzelne Worte oder ganze Abschnitte einfach gelöscht werden, was sehr mühsam korrigiert und wieder in den Urzustand geformt zu werden ist. Es wurde zudem auch festgestellt, dass sich KI-Übersetzungstools weigern, bestimmte Teile der Kontaktberichte in Fremdsprachen zu übersetzen, mit der KI-Begründung, dass es sich dabei um abwertende negative und zugespitzte Aussagen handle, wenn Falsches, Schädliches, ein Fehlverhalten staatlicher, amtlicher oder auch gesellschaftlicher Weise aufgezeigt wird. Aufgrund unserer FIGU-Erfahrungen warnen wir unsere Leser nachdrücklich im Hinblick auf bösartige KI-Zukunftsaussichten davor, KI im privaten Rahmen zu nutzen und die eigenen Bemühungen sowie die persönliche Verantwortung auf diese abzuschieben. Für uns von der FIGU bedeutet das, dass wir infolge hinterhältiger Einmischungen der KI in unsere Schreibarbeiten grosse Mühen haben, um diese korrekt und wortgetreu wiederzugeben und von den unerwünschten KI-Übergriffen freizuhalten, und zwar auch bezüglich der maschinell-technischen und elektronischen KI-Manipulationen, die uns viel Zeit rauben, um alles richtigzustellen und zu bewältigen.



Selensky mischt sich in Schweizer Abstimmung über die Neutralität ein – Systemmedien schweigen

uncut-news, de-rtnews, August 28.2026

Erst die EU, jetzt Selensky: Ausländische Akteure mischen sich in den Schweizer Abstimmungskampf ein. Doch die Systemmedien bleiben auffällig still. Warum? Weil die Botschaft ins gewünschte Narrativ passt. Jetzt wird es richtig interessant. Selensky mischt sich direkt in die Schweizer Neutralitätsabstimmung ein und übt politischen Druck auf Bundespräsident Guy Parmelin aus. Selensky setzt seine Botschaft dabei buchstäblich direkt über Parmelins Tweet und stellt damit seine eigene Position unmittelbar über diejenige des Schweizer Bundespräsidenten.

Damit wird aus einer Äusserung zur Schweizer Neutralität mehr als nur ein diplomatischer Kommentar. Selensky versucht, die Debatte in der Schweiz zu beeinflussen – ausgerechnet während des laufenden Abstimmungskampfes.


Volodymyr Zelenskyy / Володимир Зеленський



[@ZelenskyyUa](#) · [Folgen](#)

Being neutral, Switzerland has never been neutral in spirit. You have supported the resilience of our people and, importantly, every genuine opportunity to help achieve peace. We deeply appreciate all of this. Thank you, President [@ParmelinG](#), and the people of Switzerland, for [Mehr anzeigen](#)


Swiss Embassy Kyiv [@SwissUA](#)

The President of the Swiss Confederation [@ParmelinG](#) extends his warmest congratulations on the occasion of the 35th Anniversary of Ukraine's Independence.

Rest assured that  remains fully committed to supporting  on its path towards a future of lasting peace and stability.



Шановні громадяни та громадянки України,
Дозвольте мені висловити свої щирі вітання

8:47 vorm. · 25. Aug. 2026 

 3.757
  Antworten
  Link kopier.

[97 Antworten lesen](#)

Die Frechheit stinkt bis nach oben. Mitten im Schweizer Abstimmungskampf um die Neutralitätsinitiative mischen sich Wladimir Selensky und das gesamte Kiewer Regime in die Schweizer Neutralitätsabstimmung ein.

Mit einer unverhohlenen Botschaft an die Schweizer. Die Schweiz sei zwar auf dem Papier neutral, im Geiste aber nie neutral gewesen. Sie habe die Ukraine unterstützt – aber noch lange nicht genug.

Man reibt sich die Augen. Ausgerechnet die Führung eines Landes, das sich mitten in einem Krieg befindet, erklärt den Schweizern, wie sie ihre Neutralität zu verstehen haben und wie viel Unterstützung für die Ukraine angemessen wäre.

Die Schweizer Neutralität ist Sache der Schweiz. Und darüber entscheiden am Ende die Schweizer – nicht Selensky und nicht die Regierung in Kiew.

Denn die Schweiz stimmt im September über ihre eigene Neutralität ab. Doch plötzlich kommt der Regierungschef eines Landes, das sich mitten im Krieg befindet, daher und erklärt den Schweizern, wie ihre Neutralität zu verstehen sei.

Nicht einmal Trump oder Putin haben bisher einen solchen Schritt **persönlich** gemacht und sich während eines Schweizer Abstimmungskampfes derart direkt in die Debatte um die Schweizer Neutralität eingemischt.

Einmischung ist Einmischung

Natürlich darf Selensky seine Meinung äussern. Das ist nicht der Punkt. Der Punkt ist die politische Schiefelage. Wenn russische Medien im Schweizer Abstimmungskampf auftauchen, wird sofort vor ausländischer Einflussnahme gewarnt. Russland wolle die Schweizer Demokratie beeinflussen, heisst es.

Bis jetzt haben vor allem russische Medien über die Schweizer Neutralitätsinitiative berichtet. Putin selbst hat sich dazu nicht geäussert. Es gab lediglich ein Randinterview mit einem Vertreter des russischen Ausussenministeriums, in dem die Initiative beziehungsweise die Schweizer Neutralität kurz eingeordnet wurde. Mit Selensky ist die Situation eine andere. Ein ausländischer Regierungschef mischt sich PERSÖNLICH und DIREKT in die Schweizer Abstimmung ein und gibt den Schweizern vor, wie sie ihre Neutralität zu verstehen haben.

Und was machen *Tagi* oder *SRF*? Sie schweigen natürlich. Aber dann muss derselbe Massstab für alle gelten.

Wenn Moskau den Schweizern sagt, sie müssten neutraler werden, ist das Einmischung. Wenn aber Kiew den Schweizern sagt, sie seien im Grunde schon immer «richtig» unterwegs gewesen, soll das plötzlich nur ein freundlicher Kommentar sein?

So funktioniert das nicht. Wer einen ausländischen Einfluss auf Schweizer Abstimmungen ablehnt, sollte nicht mit zweierlei Mass messen.

Neutralität ist keine Gesinnungsprüfung

Und noch etwas sticht ins Auge: Selensky macht aus der Neutralität eine Frage der Haltung. Die Schweiz sei «im Geiste» nie neutral gewesen. Und plötzlich gibt sich der ukrainische Präsident auch noch als Schweizer Kenner und Historiker aus.

Doch Neutralität ist kein Charaktertest. Es geht nicht darum, ob die Schweizer Russland mögen oder die Ukraine unterstützen. Es geht um die Frage, welche Aussen- und Sicherheitspolitik die Schweiz verfolgen will.

Und genau hier liegt der Kern der Initiative. Die Befürworter sagen: Eine dauerhafte, glaubwürdige Neutralität schützt die Schweiz davor, zwischen die Fronten grosser Mächte zu geraten. Die Gegner sagen: Wer in einer solchen Situation neutral bleibt, macht sich moralisch mitschuldig.

Beides kann man diskutieren. Was man aber nicht tun sollte: den politischen Gegner kurzerhand zum Putin-Versteher erklären.

«Pro-Putin» ist kein Argument

Die SP nennt die Initiative eine «Pro-Putin-Initiative». Damit ist die politische Keule bereits ausgepackt. Doch eine strengere Neutralitätspolitik bedeutet nicht automatisch Unterstützung für den Kreml. Man kann den Ukraine-Krieg verurteilen und trotzdem gegen Sanktionen sein.

Man kann die Ukraine unterstützen und gleichzeitig der Meinung sein, dass die Schweiz ihre traditionelle Vermittlerrolle nicht aufs Spiel setzen sollte. Man kann Russland kritisieren und dennoch darauf bestehen, dass Schweizer Aussenpolitik nicht in Kiew, Brüssel, Washington oder Moskau gemacht wird. Das eine schliesst das andere nicht aus.

Ausgerechnet in diesem Moment erklärt der Regierungschef der Ukraine, die Schweiz sei «im Geiste» ohnehin nie neutral gewesen. Man könnte es auch anders formulieren:

Die Schweiz soll offenbar neutral bleiben – solange sie sich auf der richtigen Seite der Geschichte befindet. Das ist allerdings keine Neutralität mehr. Das ist politische Parteinahme mit neutralem Etikett.

Die Schweiz kann selbstverständlich die Ukraine humanitär unterstützen. Sie kann Friedensgespräche organisieren. Sie kann Flüchtlingen helfen. Sie kann Russland kritisieren.

Aber wenn Neutralität am Ende nur noch bedeutet, dass man sich selbst offiziell neutral nennt, während die politische und wirtschaftliche Positionierung längst feststeht, stellt sich die Frage, was von diesem Begriff überhaupt noch übrigbleibt.

Die Schweizer Neutralität ist keine ukrainische, keine russische und keine europäische Angelegenheit. Sie ist eine Schweizer Angelegenheit.

Und genau deshalb sollten die Stimmbürger im September selbst entscheiden, ob sie eine Schweiz wollen, die sich immer stärker in geopolitische Lager einordnet – oder eine Schweiz, die wieder auf Distanz zu den Konflikten dieser Welt geht.

Denn eines sollte in einer direkten Demokratie eigentlich selbstverständlich sein: Wer in der Schweiz über Neutralität abstimmt, braucht dafür keinen politischen Ratschlag aus Kiew.

Quelle: <https://de-rtnews.com/schweiz/289923-selenskij-mischt-sich-in-schweizer/>

Quelle: <https://uncutnews.ch/selenskij-mischt-sich-in-schweizer-abstimmung-ueber-die-neutralitaet-ein-systemmedien-schweigen/>

Auf ein Wort ...

Billy

Meine Gesinnung lässt es nicht zu, dass ich mich politisch betätige, doch erlaubt sie mir zu urteilen und aufzudecken, was Politisch falsch läuft oder gelogen, betrogen und den Völkern verheimlicht wird. Dass auch bezüglich des weltweit korruptesten Staates Ukraine gelogen und betrogen wird, wie auch, dass sich, wie Bermunda eruiert hat, der ehemalige berufsmässige Clown Selensky, seines Zeichens Präsident der Ukraine, masslos durch den Krieg bereichert, darüber wird natürlich gegenüber dem Volk der Ukraine und der gesamten Weltbevölkerung geschwiegen. Dies wie auch bezüglich dem, was bezüglich der Wirklichkeit und deren Wahrheit effektiv gegeben ist. Das hat der Redaktor Herr Urs. P. Gasche vom «INFOSperber» nachgeforscht und die wirkliche Wahrheit sowie deren Zusammenhänge gefunden, was er in folgendem Artikel veröffentlicht hat, wozu ich denke, dass er damit Tacheles redet und die Wahrheit aufführt und damit ein sehr gutes Werk getan hat.

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.
25.8.2026



Bucht im Ferienparadies Krim. Die Mehrheit der Bewohner fühlte sich schon lange näher bei Russland als bei der Ukraine. © Davoyan/Depositphotos

35 Jahre unabhängige Ukraine: Das Krim-Parlament protestierte!

Es war die Ukraine und nicht Russland, welche sich gegen den Willen der dortigen Bevölkerung die Krim angeeignet hatte.

Urs P. Gasche

Darüber wird nicht gerne informiert. Auch jetzt nicht, 35 Jahre, nachdem das Parlament der Ukraine am 24. September 1991 das Land – einschliesslich der Krim – für unabhängig von der Sowjetunion erklärte. Die Halbinsel Krim, die als autonomes Gebiet der Sowjetunion bereits ein eigenes Parlament hatte, protestierte lautstark.

Das Austrittsgesetz der UdSSR gab den Sowjetrepubliken (wie der Ukraine) und den autonomen Regionen (wie der Krim) das Recht, sich entweder von der UdSSR zu trennen oder sich einer neuen, lockeren sowjetischen Union anzuschliessen. Auf der Krim hatten 93 Prozent der Abstimmenden bereits Anfang 1991 für die «Wiederherstellung der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik Krim als Subjekt der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und als Vertragspartei des Unionsvertrags» ausgesprochen.¹ Der Ja-Anteil entsprach 75 Prozent aller 1,8 Millionen Stimmberechtigten.

Die Krim wollte also im Falle einer Auflösung der Sowjetunion eine autonome Einheit der neuen sowjetischen Union werden – unabhängig von der Ukraine.

Doch die Ukraine hat der Krim am 1. Dezember 1991 dieses Recht gegen den Willen der Krim-Bevölkerung verweigert. Die Krim verfügte über kein eigenes Militär und konnte sich nicht wehren.

Damit hat sich die Ukraine die Halbinsel rechtswidrig angeeignet.

Seither haben die Bewohner der Krim mehrmals demokratisch mit überwältigenden Mehrheiten russlandfreundliche Kandidatinnen und Kandidaten gewählt – und nicht anti-russische, einseitig pro-westliche oder ukrainisch-nationale.

Chronologischer Ablauf

Die Analyse der Ereignisse ist anspruchsvoll, weil – wie in jedem Konflikt – ein Informationskrieg herrscht. Zu diesem gehört auch die Geschichtsklitterung. Der Halbinsel Krim im Schwarzen Meer kommt eine geopolitisch strategische Rolle zu. Umso mehr versuchen viele Seiten, die Geschichte zurechtzubiegen. Vor einem Jahr hatte Infospirber die Chronologie der Ereignisse so genau wie möglich dokumentiert.

- | | |
|------------|---|
| 1783 | Von 1783 bis 1991 gehörte die Krim zu Russland bzw. zur Sowjetunion. |
| 18.10.1921 | Seit 1921 verfügt die Krim über ein eigenes Parlament – als Autonome Sowjetrepublik Krim innerhalb der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR). |
| 30.6.1945 | Die UdSSR stuft die Krim von einer Autonomen <i>Republik</i> zu einer Autonomen <i>Region</i> ab (mit weniger Rechten). |
| 19.2.1954 | Chruschtschow und das Präsidium des Obersten Sowjet (Parlament) verschieben die Krim innerhalb der UdSSR von der «Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik» an die «Ukrainische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik». Die Krim behält den Status einer Autonomen Region. |
| 6.3.1990 | Der Oberste Sowjet genehmigt einen Austrittsvertrag, der daraufhin an die Sowjets der einzelnen Unionsrepubliken zur Ratifizierung weitergeleitet wird. |
| 3.4.1990 | Die UdSSR erlässt ein Austrittsgesetz, das den Sowjetrepubliken (wie der Ukraine) und autonomen Regionen (wie der Krim) das Recht gibt, sich von der UdSSR zu trennen oder sich einer neuen, lockeren sowjetischen Union anzuschliessen. Das Austrittsgesetz hält in Artikel 3 ausdrücklich fest, dass eine « <i>Unionsrepublik, welche autonome Republiken oder autonome Gebiete umfasst</i> », das « <i>Referendum für jede Autonomie gesondert durchführen</i> » muss. Siehe Fussnote 2. |
| Juli 1990 | Gorbatschow schlägt einen neuen Unionsvertrag vor, um die Sowjetunion in eine dezentralisierte, föderale Union umzuwandeln und damit den Zerfall aufzuhalten.
Aufgrund des Austrittsgesetzes der UdSSR organisiert die Krim ein Referendum. Es sprechen sich 93 Prozent der Abstimmenden der Krim für die « <i>Wiederherstellung der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik Krim als Subjekt der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und als Vertragspartei des Unionsvertrags</i> » aus. ¹ Der Ja-Anteil entsprach 75 Prozent aller 1,8 Millionen Stimmberechtigten. |
| 20.1.1991 | Die Krim will also im Falle einer Auflösung der Sowjetunion eine autonome Einheit der neuen sowjetischen Union werden – unabhängig von der Ukraine.
Doch die Ukraine vertritt die Ansicht, das Referendum auf der Krim sei rechtswidrig, weil die Ukrainische Sowjetrepublik laut Austrittsgesetz zuerst aus der UdSSR austreten müsse. Erst dann könne die Krim entscheiden, ob sie aus der Ukraine austreten möchte.
Ist jedoch die Ukraine einmal unabhängig von der UdSSR, ist sie nicht mehr dem sowjetischen Austrittsgesetz unterstellt. Es gibt bis heute keinen einzigen Professor des Internationalen Rechts, der die ukrainische Auslegung des Austrittsgesetzes vertritt. |

- 13.2.1991 *Das Kiewer Parlament gewährt der Halbinsel lediglich den Status einer Autonomen Republik als Teil der Ukrainischen Sowjetrepublik und nicht – wie von den Krimbewohnern abgestimmt – als eigenständiger Teil der neuen angekündigten Union.*
- 17.3.1991 *In der UdSSR spricht sich eine grosse Mehrheit der Stimmberechtigten für den Erhalt der Sowjetunion in der neuen föderativen Union aus.*
- 12.6.1991 *Boris Jelzin wird zum Präsidenten der russischen Teilrepublik der UdSSR gewählt.*
- 19.8.1991 *Putsch gegen den Präsidenten der UdSSR, Michail Gorbatschow – am Tag, bevor einige Republiken wie die Krim den neuen Unionsvertrag unterzeichnen wollen. Der Putsch scheitert.*
- 20.8.1991 *Vorgesehenes Datum zur Unterzeichnung des neuen Unionsvertrags. Der Putsch vom Vortag hat die Unterzeichnung verhindert. Die neue Union kommt nicht zustande.*
Weil die neue Union scheitert, kann die Krim nicht, wie von ihr beschlossen, als souveräne Republik – unabhängig von der Ukraine – an dieser Union teilnehmen.
- 24.8.1991 *Das Parlament der Ukraine erklärt das Land in den bestehenden Grenzen – einschliesslich der Krim – für unabhängig von der UdSSR.*
- 4.9.1991 *Das Parlament auf der Krim widerspricht und erklärt die Krim als innerhalb der russischen Föderation für autonom, also nicht der Ukraine zugehörig.*
Der Konflikt bleibt ungelöst. Kiew sitzt am längeren Hebel, weil die Krim weder über ein eigenes Militär verfügt noch von der zusammengebrochenen UdSSR unterstützt werden kann.
In der Ukraine sprechen sich nach dem Parlament auch 90 Prozent der Stimmberechtigten für die Unabhängigkeit des Landes von der UdSSR aus.
- 1.12.1991 *Auf der Krim verweigern viele Stimmberechtigten die Beteiligung am ukrainischen Referendum, da sie sich nicht als Teil der Ukraine betrachten. Selbst von den 63 Prozent, die an der Abstimmung teilnehmen, stimmen nur 54 Prozent für die Unabhängigkeit der Ukraine von der UdSSR. Das entsprach einem Drittel aller Stimmberechtigten.*
Die Abstimmung über die Unabhängigkeit der Ukraine vom 1.12.1991 fand auf Grundlage des sowjetischen «Gesetzes über das Verfahren zur Entscheidung von Fragen im Zusammenhang mit dem Austritt einer Unionsrepublik aus der UdSSR» vom 3. April 1990 statt. In diesem Austrittsgesetz der UdSSR heisst es in Artikel 3:
«In einer Unionsrepublik, die autonome Republiken, autonome Oblaste und autonome Bezirke umfasst, wird für jede Autonomie ein gesondertes Referendum durchgeführt. Die Völker der autonomen Republiken und autonomen Formationen behalten das Recht, selbständig über die Frage ihres Aufenthalts in der Unions-SSR oder in der ausscheidenden Unionsrepublik zu entscheiden sowie die Frage ihres staatsrechtlichen Status zu stellen.»²
- 1.12.1991 *Die Krim war eine autonome Republik und hatte deshalb das Recht, selbständig über ihren staatsrechtlichen Status abzustimmen.^{2a}*
Doch die Ukraine hat der Krim dieses Recht am 1.12.1991 und auch später – nach dem Austritt der Ukraine aus der UdSSR – gegen ihren Willen verweigert.
Damit hat sich die Ukraine die Halbinsel gesetzwidrig angeeignet.
Man kann davon ausgehen, dass eine Mehrheit der Krimbewohner für einen Verbleib in der russischen Föderation als autonome, nicht zur Ukraine gehörige Krim-Republik gestimmt hätte.
- 26.12.1991 *Auflösung der Sowjetunion. Das Oberhaus des Obersten Sowjets der UdSSR, der sogenannte Rat der Republiken, erklärt die Existenz der Union für beendet. Damit verliert das Austrittsgesetz seine Gültigkeit.*
- 5.5.1992 *Die Krim verabschiedet ein «Gesetz über die Erklärung der staatlichen Unabhängigkeit der Republik Krim» und ordnet für den 2. August 1992 ein Referendum darüber an. Es sollte das am 1.12.1991 von Kiew verweigernde Referendum über die Zukunft der Krim nachholen.*
Die Ukraine droht den Krim-Abgeordneten mit einer Strafverfolgung wegen Separatismus. Die Ukraine werde niemals eine friedliche Trennung zulassen.
- 6.5.1992 *Das Krim-Parlament verabschiedet eine neue Verfassung^[3a]. Sie sieht die Zugehörigkeit der Krim zur Ukraine vor, allerdings auf einer föderativen Grundlage. Artikel 9 sieht jedoch auch eine «Assoziierung mit anderen Staaten» vor.*
Das Krim-Parlament will die Ukraine unter Druck setzen, um ihr eine grössere Autonomie zuzugestehen.
- 13.5.1992 *Das ukrainische Parlament in Kiew erklärt das geplante Unabhängigkeits-Gesetz der Krim als verfassungswidrig, verspricht der Krim aber eine grössere Autonomie.*
Die «New York Times» kommentiert:

«Der ukrainische Präsident Leonid M. Krawtschuk nutzte Zuckerbrot und Peitsche – er versprach der Krim weitgehende Selbstbestimmung und drohte gleichzeitig, das Krim-Parlament aufzulösen und Gewalt anzuwenden, sollte die Halbinsel ihre Kampagne {für eine Unabhängigkeit} fortsetzen.»

Die ukrainische Zeitung «Lb.us» schreibt:

«Um zu überzeugen, erhöhte Kiew die Präsenz von Soldaten auf der Krim. Wie Mykola Melnyk, der damalige stellvertretende Kommandeur der ukrainischen Nationalgarde, sagte, wandten die Einheiten keine Gewalt an. Sie versuchten nur, notfalls prorussische Bewegungen zu blockieren. Der Generalleutnant glaubt, dass die Ukraine damals Glück hatte, dass Jelzin die Krim-Separatisten nicht offen unterstützte und nicht versuchte, russische Truppen auf die Krim zu schicken.»

- 21.5.1992 Auf Druck von Kiew hebt das Parlament der Krim das Unabhängigkeits-Gesetz auf und annulliert das vorgesehene Referendum darüber.
- 30.6.1992 Kiew gewährt der Krim wie versprochen mehr Autonomie: Die Krim erhält Hoheitsrechte in Finanzen, Wirtschaft, Kultur, Verwaltung und Recht. Die Aussen-, Verteidigungs- und Währungspolitik verbleiben unter ukrainischer Hoheit.
- 14.10.1993 Unter Ausnutzung der neuen Kompetenzen richtet das Krim-Parlament das Amt eines Präsidenten ein.
- 30.1.1994 In einer eigenen, von Kiew nicht anerkannten Präsidentenwahl auf der Krim gewinnt Juri Meschkow vom Russischen Block mit 73 Prozent aller Stimmen. In seinem Wahlkampf trat Meschkow für einen Anschluss an die Russische Föderation ein.
- Der Russische Block unter Juri Meschkow gewinnt bei Parlamentswahlen auf der Krim 54 der 98 Parlamentssitze.
10. 4. 1994 In einem gleichzeitigen Referendum stimmen 78 Prozent der 1,3 Millionen abgegebenen Stimmen für eine grössere Autonomie, 83 Prozent befürworten die Möglichkeit einer doppelten russisch-ukrainischen Staatsbürgerschaft und 78 Prozent sind dafür, Dekreten des Präsidenten der Krim Gesetzeskraft zu geben.
- 20.5.1994 Das Krim-Parlament beschliesst in einer Resolution die Wiedereinführung der Krim-Verfassung von 1992. Mit dieser verbleibt die Krim zwar formal Teil der Ukraine, aber die Beziehungen der Krim zur Ukraine sollen «wie zwischen souveränen Staaten» geregelt werden. Ausserdem ermöglicht diese Verfassung der Krim, eigenständig Beziehungen zu anderen Staaten und internationalen Organisationen aufzunehmen.
- 19.7.1994 Leonid Krawtschuk, bis 19. Juli 1994 Präsident der Ukraine, erklärte das Referendum vom 10. April 1994 auf der Krim für ungültig.
- Sommer 94 Das ukrainische Parlament in Kiew fordert wiederholt, dass sich die Krim der Gesetzgebung und dem ukrainischen Recht unterordne und droht, der Krim den Autonomiestatus zu entziehen. Die Krim verpflichtete sich daraufhin, keine Entscheidungen zu treffen, die im Widerspruch zur ukrainischen Verfassung stehen. Anschliessend kommt es auf der Krim zu Machtkämpfen zwischen dem Präsidenten und dem Parlament.
- Das ukrainische Parlament annulliert die Krim-Verfassung von 1992 – als im Widerspruch zur ukrainischen Verfassung – und enthebt den Präsidenten der Krim, Juri Meschkow, seines Amtes – als Reaktion auf Bestrebungen der Krim-Regierung unter Meschkow, die Krim enger an Russland anzubinden und sich von der Ukraine zu lösen.
- Am 19. März 1995 berichtet die «New York Times»:
- «Es trafen etwa 200 Soldaten des ukrainischen Innenministeriums in der Krim-Hauptstadt Simferopol ein und entwaffneten die Sicherheitsleute von Meschkow.»*
- Über Proteste des Krim-Parlaments berichtet die «taz» am 20. März:
- «Nach den Entscheiden des ukrainischen Parlaments [zur gewaltsamen Intervention auf der Krim] trat das Krim-Parlament am Samstag zu einer Sondersitzung zusammen. Dort betonte der Vorsitzende des Krim-Parlaments Sergei Zekow, die Ukraine habe kein Recht, Krim-Präsident Meschkow seines Amtes zu entheben. «Der Präsident der Republik ist vom Volk gewählt, und nur das Volk kann über seine Zukunft entscheiden», erklärte er. In ihrer Abschlusserklärung drohten die Parlamentarier Kiew mit der Durchführung eines [erneuten] Unabhängigkeitsreferendums. Im Falle eines solchen Referendums galt ein Ja zur Loslösung von der Ukraine als sicher.»*
- 17.3.1995 Das Krim-Parlament appelliert ausserdem an den russischen Präsidenten Boris Jelzin, der Krim zu helfen. Doch Jelzin reagiert nicht.
- Die Absetzung des Krim-Präsidenten war möglich, weil die Krim keine eigene Armee hat.
- Der ukrainische Präsident Leonid Kutschma erklärt der Zeitung «Lb.ua»:

«Es ist uns gelungen, den Streit zwischen dem Parlament und dem Präsidenten der Krim zu vertiefen. [...] Als Meschkow im wahrsten Sinne des Wortes isoliert war, gab ich den Befehl zu einer Sonderoperation. [...] Meschkows Leibwächter wurden entwaffnet, er selbst wurde nach Moskau deportiert.»

Die Vertreibung von Meschkow und die Aufhebung der Verfassung können als ein von Kiew organisierter Putsch betrachtet werden. Nach der juristischen Aneignung der Krim durch die Ukraine 1991 folgt 1995 eine militärische Aneignung.

31.3.1995 Der ukrainische Präsident Leonid Kutschma unterstellt die Krim per Erlass direkt der Verwaltung durch die Kiewer Zentralregierung. Mit der föderativen Autonomie der Krim ist es vorbei. Russland zeigt sich beunruhigt: Sewastopol auf der Krim ist der Heimathafen der russischen Schwarzmeerflotte.

18.5.1995 Auch das Parlament der Ukraine erklärt die Resolution der Krim von 1994 für ungültig.

28.6.1996 Eine neue ukrainische Verfassung gewährt der Krim eine Autonomie innerhalb der Ukraine. Die Krim kann sich eine eigene Verfassung geben, die allerdings die ukrainischen Gesetze respektieren muss.

31.5.1997 Der ukrainische Präsident Leonid Kutschma und der russische Präsident Boris Jelzin teilen in einem Vertrag die Buchten von Sewastopol auf für die Stationierung der Flotten beider Länder.

Ab 1997 Die russische Regierung und russische Medien kritisieren die Zusammenarbeit der Ukraine mit der Nato, besonders als diese ab 2005 auch militärische Übungen im Schwarzen Meer durchführt.

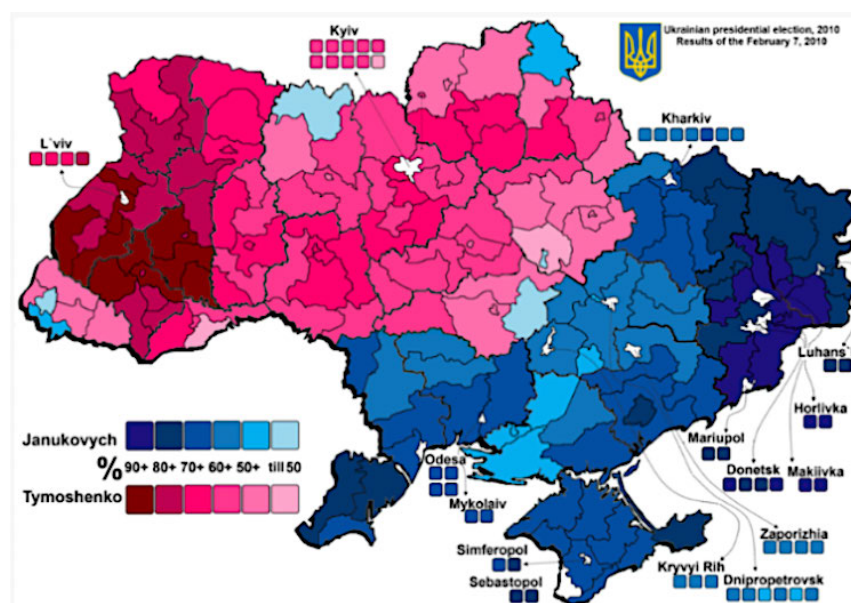
21.11.2004 Bei der Präsidentenwahl erhält der russlandfreundliche Wiktor Janukowitsch auf der Krim (und im Donbas) über 80 Prozent der Stimmen. Wegen landesweiter Unregelmäßigkeiten wird die Wahl annulliert.

27.12.2004 Bei den neu angesetzten Präsidentenwahlen erhält Wiktor Janukowytsch auf der Krim (und im Donbas) wiederum über 80 Prozent der Stimmen. Die Wahl gewinnt aber der vom Westen unterstützte Wiktor Juschtschenko mit 52 Prozent aller Stimmen der gesamten Ukraine. Die Beobachter der OSZE und das Ausland lobte die Ukraine für den Ablauf der Wiederholungswahl.

Die Ukraine ist politisch gespalten.

7.2.2010 Stichwahl des Präsidenten der Ukraine. Der russlandfreundliche Wiktor Janukowitsch gewinnt die Wahl knapp gegen die prowestliche Julija Tymoschenko. Die OSZE-Beobachter bezeichnen die Wahl als im Wesentlichen frei und fair.

Auf der Krim (und im Donbas) stimmten rund 80 Prozent der Wählenden für den russlandfreundlichen Janukowtsch.



Der Osten und Süden der Ukraine war stets mehrheitlich Russland zugewandt, der Rest dem Westen. Das zeigte u.a. die Präsidenten-Stichwahl im Jahr 2010. Der vorwiegend russischsprachige Osten und Südosten wählte Wiktor Janukowitsch, der gegen die von der Westukraine favorisierte Julia Tymoschenko gewann und bis zu seiner Absetzung 2014 Präsident blieb.

[An den späteren Präsidenten- und Parlamentswahlen von 2019 konnten die von Russland kontrollierten Gebiete nicht teilnehmen. Es gewann Selensky gegen den amtierenden Präsidenten Petro Poroschenko. Bei den Parlamentswahlen im gleichen Jahr lag die Wahlbeteiligung unter 50 Prozent. Gewonnen hat die Wahl die von Präsident Selensky neu gegründete Partei «Sluha narodu» (zu Deutsch Diener des Volkes).] © Offizielle Resultate der ukrainischen Regierung

- 21.4.2010 Ukraines Präsident Janukowitsch und der russische Präsident Dmitri Medwedew verlängern den Pachtvertrag für russische Stützpunkte der Schwarzmeerflotte um weitere 25 Jahre (ab 2017), mit der Möglichkeit, den Vertrag nachher zu verlängern.
- 31.10.2010 Parlamentswahlen in der Ukraine. Im Regionalparlament der Krim gehen 80 der 100 Sitze an die «Partei der Regionen» von Präsident Janukowitsch. Weitere drei Sitze bekommt die Partei «Russische Einheit», die sich offen für einen Beitritt der Krim zur Russischen Föderation aussprach. Die Kommunistische Partei, ebenfalls nicht pro-westlich, kommt auf fünf Sitze. Damit gehen 88 der 100 Sitze im Krim-Parlament an Parteien, die pro-russisch bzw. west-kritisch sind.
- 21./27.11.13 Das Krim-Parlament positioniert sich Maidan-kritisch: In zwei Resolutionen verlangt es, dass ein EU-Assoziierungsabkommen keine Abschottung gegen Russland bringen darf.
- 2.12.2013 Das Krim-Parlament fordert den ukrainischen Präsidenten Janukowitsch auf, die Ordnung auf dem Maidan notfalls durch das Ausrufen des Ausnahmezustands wiederherzustellen.
- 11.12.2013 Die Regierung der Krim veröffentlicht folgende Erklärung:
«Heute steht die Krim vor der Wahl: Entweder eine gewaltsame Maidanisierung zu ertragen oder den staatsfeindlichen und krimfeindlichen Kräften eine entschiedene Antwort zu geben. Darum wenden wir uns an jeden einzelnen von Ihnen, unsere gemeinsame Position unabhängig von Ihrer ethnischen Zugehörigkeit, Religion und politischen Ansichten deutlich zu demonstrieren. Niemand in Kiew soll sich der Illusion hingeben, dass die Krim sich einen fremden Willen aufzwingen lässt.»
- Widerstand nach dem Putsch in Kiew**
- Jan/Feb 2014 Die Maidan-Demonstrationen enden in einem Putsch, der eine prowestliche Regierung an die Macht bringt.
- Auf der Krim organisiert sich Widerstand. Das Parlamentspräsidium auf der Krim beschliesst eine Verfassungsänderung und fordert Russland auf, Garantien für die Rechte der Bewohner der Halbinsel zu prüfen.
- 4.2.2014 Die autonome Republik Krim verfügt über kein eigenes Militär. Auf der Krim befinden sich mehrere tausend ukrainische Soldaten, die auf verschiedene Stützpunkte, Kasernen und Marinebasen verteilt sind.
- Ab Mitte Februar blockiert eine immer grössere Zahl von bewaffneten russischen Soldaten und Spezialkräften die ukrainischen Militärs, die sich auf der Krim befinden. Sie verhindern, dass ukrainische Soldaten ihre Stützpunkte, Kasernen und Militärbasen verlassen können.
- Abstimmung auf der Krim**
- Laut westlichen Quellen kontrollierten bewaffnete Russen («grüne Männchen») das Regionalparlament. Dem regionalen Regierungschef Anatolij Mohyljow und einige Abgeordneten sei der Zugang versperrt worden. Ausländische Medien haben bei der Wahl keinen Zutritt.
- 27.2.2014 Das Krim-Parlament setzt den Ministerpräsidenten Anatolij Mohiljow ab und wählt Sergei Aksjonow von der russlandfreundlichen Kleinpartei «Russische Einheit» zum neuen Regierungschef.
- Die Regierung in Kiew anerkennt die neue Regierung nicht.
- Gleichzeitig beschliesst das Krim-Parlament, am 25. Mai ein Referendum über den künftigen Status der Krim durchzuführen.
- Ausländische Medien haben im Parlament keinen Zutritt. Russische Soldaten und Söldner in Zivil bewachen das Parlament.
- 1.3.2014 Die Krim-Regierung unter Sergei Aksjonow bittet Russland um «Hilfe zur Sicherung von Frieden und Ruhe auf dem Gebiet der autonomen Republik Krim» und begründete dies mit seiner Verantwortung für das Leben und die Sicherheit der Bürger der Krim.
- Das Oberhaus («Föderationsrat») des russischen Parlaments ermächtigt am gleichen Tag Präsident Putin, Soldaten auf die Krim zu schicken.
- Am gleichen Tag ordnete Ukraines Übergangspräsident Oleksandr Turtschynow die Generalmobilmachung der ukrainischen Streitkräfte an und stellte Hilfesuche an die EU, die USA und die Nato.

- 6.3.2014 Das Krim-Parlament beschliesst, das angekündigte Referendum über den Anschluss der Krim an die Russische Föderation bereits am 16. März durchzuführen.
- 10.3.2014 Das Krim-Parlament lädt die OSZE ein, das Referendum zu beobachten.
Die OSZE lehnt die Einladung ab, weil das Referendum der ukrainischen Verfassung widerspreche und daher illegal sei.
- 11.3.2014 Es stimmt nicht, wie häufig kolportiert, dass die Krim keine OSZE-Beobachter zuliesse.
Das Parlament der Ukraine erklärt das geplante Referendum auf der Krim für verfassungswidrig und löst das Krim-Parlament offiziell auf.
Russische Soldaten und Spezialkräfte verhindern weiterhin, dass ukrainische Soldaten ihre Stützpunkte, Kasernen und Militärbasen auf der Krim verlassen können. Zu Kämpfen ist es nicht gekommen.
- 14.3.2014 Nach eigenen Angaben wollen die russischen Soldaten die ukrainische Armee daran hindern, den Ablauf des Referendums zu stören. Die Russland-Kennerin Gabriele Krone-Schmalz hält diese Version für plausibel.
Den Angehörigen der ukrainischen Armee wird freigestellt, ob sie die Seiten wechseln (was viele auch tun) oder ob sie ohne Waffen die Kasernen verlassen und unbewaffnet in die Ukraine abrücken wollen.
Die Krim führt das Referendum über den Anschluss der Krim an die Russische Föderation gegen den Willen der Übergangsregierung in Kiew durch. Das Referendum findet ohne vom Ausland anerkannte Beobachter^[3] statt. Die Stimmberechtigten konnten wählen zwischen zwei Alternativen:
«1. Sind Sie für eine Vereinigung der Krim mit Russland als Mitglied der Russischen Föderation?
2. Sind Sie für die Wiedereinführung der Verfassung der Republik Krim von 1992 und für den Status der Krim als Teil der Ukraine?»
Der «Status quo» stand nicht zur Wahl.
In der Verfassung von 1992^[3a] war vorgesehen, dass die Krim alle Rechte einer unabhängigen Verwaltungseinheit im ukrainischen Staat hatte, mit vielen Vollmachten, ihr Schicksal selbst zu bestimmen und Beziehungen mit jedem anderen Land, einschliesslich Russland, aufzunehmen, soweit es um die Zusammenarbeit in Wirtschaft, Kultur, Gesundheitswesen, Bildung, Forschung und anderen Bereichen geht.
Das offizielle Endergebnis des Referendums lautet: 96,77 Prozent für den Anschluss an die Russische Föderation bei einer Wahlbeteiligung von 83,1 Prozent.
- 16.3.2014 Die Ukraine und westliche Staaten bezeichnen das Referendum als eine Farce.
Im Westen wurde u.a. kritisiert, dass gläserne Wahlurnen und Stimmzettel ohne Umschläge benutzt wurden. Damit sei die Wahl nicht geheim gewesen. Doch gläserne Wahlurnen entsprachen den ukrainischen Vorschriften. In der Ukraine sind Wahlurnen immer gläsern und es gibt keine Umschläge für die Wahlzettel. Jeder kann seinen Wahlzettel vor dem Einwurf in die Urne so oft falten, wie er möchte. Wenn gläserne Urnen und fehlende Umschläge ein Kritikpunkt sind, dann gilt diese Kritik auch für sämtliche anderen Wahlen in der Ukraine vor und nach dem Referendum auf der Krim.
Es gibt kaum Krim-Experten, die behaupten, dass sich die Krim unter anderen Umständen anders entschieden hätte. Die Bevölkerungsmehrheit war pro-russisch und es gab auch für die nicht-russischen Bevölkerungsteile wirtschaftliche Gründe, die für eine Vereinigung mit Russland sprachen.
Der Lebensstandard in Russland war wesentlich höher als der in der Ukraine. Nach dem Anschluss der Krim an Russland werden dort die Gehälter der Staatsbediensteten und der Renten auf russisches Niveau angehoben. Für viele – nicht nur ethnische Russen – mag die Aussicht auf eine oft Verdreifachung der Gehälter und Renten ebenfalls ein Anreiz gewesen sein, für die Vereinigung mit Russland zu stimmen.^[3c]
Unter der Überschrift «Jazenjuk eröffnet die Jagd auf Separatisten im ganzen Land» zitiert die ukrainische Zeitung «Vesti» Ukraines neuen Regierungschef Arsenij Jazenjuk. Diesem verhalf US-Staatsekretärin Victoria Nuland an die Macht:
- 16.3.2014 «Wir bringen sie vor Gericht. Ukrainische und internationale Gerichte werden über sie richten. Die Erde unter ihren Füßen wird brennen. [...] Wir tun alles, damit jeder, der sich heute unter dem Schutz russischer Maschinengewehre sicher fühlt, weiss, dass er seine Verantwortung ... tragen muss.»
- 20.3.2014 Das russische Parlament stimmt einem Beitritt der Krim zu.
- 28.3.2014 Nachdem die ukrainische Regierung am 24. März den Rückzug der ukrainischen Truppen aus der Halbinsel Krim anordnete, verlassen die letzten ukrainischen Soldaten die Krim.

Die Ukraine protestiert gegen die russische Annexion der Krim.
 31.3.2014 Das Parlament in Kiew stimmt für das Aufheben aller Verträge mit Russland über die Schwarzmeerflotte, einschliesslich des Pachtvertrags von 2010, der den Verbleib der russischen Flotte auf der Krim bis 2042 garantierte.
 Russland betrachtet den Flottenstützpunkt als geopolitisch unverzichtbar.

Drei Meinungsumfragen nach der Sezession oder Annexion durch Russland

Das Meinungsforschungsinstitut Gallup mit Sitz in Washington befragt die Krimbewohner, ob die beschlossene Abspaltung der Krim von der Ukraine und die Zugehörigkeit zur Russischen Föderation den Willen der Bevölkerung spiegeln würden. 83 Prozent der Befragten bestätigen dies.
 Juni 2014 Das US-Meinungsforschungsinstitut «Pew Research enter» kommt zum gleichen Resultat: 88 Prozent der Krim-Bewohner sind der Meinung, die Regierung in Kiew solle das Ergebnis des Referendums anerkennen. 91 Prozent sind der Meinung, das Referendum sei fair durchgeführt worden.

Nach einer repräsentativen Umfrage des deutschen Meinungsforschungsinstituts GfK hat sich die Einstellung der Krimbewohner nicht geändert. Auf die Frage «Befürworten Sie die Annexion der Krim durch Russland?» antworten insgesamt 82 Prozent der Befragten mit «Ja, auf jeden Fall» und weitere 11 Prozent mit «Ja, grösstenteils».
 Februar 2015 Nur zwei Prozent sagen, sie wüssten es nicht, und weitere zwei Prozent sagen nein. Drei Prozent machen keine Angaben zu ihrer Position. Die GfK fragt auch, ob die Medien in der Ukraine wahrheitsgetreu berichteten. Das Ergebnis: Nur ein sehr geringer Anteil der Befragten hält die ukrainischen Medien für glaubwürdig. Konkret geben lediglich 1 Prozent an, dass die ukrainischen Medien «vollständig wahrheitsgemässe Informationen» liefern, und nur 4 Prozent meinen, sie seien «meistens wahrheitsgetreu». Die grosse Mehrheit der Befragten betrachtet die Berichterstattung aus der Ukraine als nicht vertrauenswürdig.

Westliche Journalisten vor Ort

Später reisen nur ganz wenige westliche Journalisten auf die Krim, um die dortige Situation zu recherchieren.
 Infosperber-Redaktor Christian Müller ist drei Wochen vor Ort und veröffentlicht einen 7-teiligen Bericht. Seine persönlichen Erfahrungen und Einschätzungen fasste er im Oktober 2019 zusammen: «Bei keinem einzigen Gespräch hatte ich das Gefühl, die Menschen würden nur das sagen, was sie sagen dürfen. Sie waren ganz einfach offen.»

SRF-Redaktor David Nauer berichtet über seine Eindrücke auf der «Krim unter russischer Flagge». Sein Fazit: «Nicht alle Bewohner sind glücklich über die neuen Herren».

Präzedenzfälle einer Sezession

Kosovo: Der Internationale Gerichtshof in Den Haag stellte in einem völkerrechtlich nicht verbindlichen Rechtsgutachten fest, dass «die einseitige Unabhängigkeitserklärung durch die Provisorischen Institutionen der Selbstverwaltung des Kosovo» nicht gegen das Völkerrecht und gegen die Resolution 1244 des UNO-Sicherheitsrates verstosse.

Slowenien: Am 25. Juni 1991 erklärt sich Slowenien einseitig für unabhängig von Jugoslawien – gegen den Willen der jugoslawischen Zentralregierung. Es gibt während zehn Tagen einige Kampfhandlungen. Nachdem Slowenien im Dezember 1991 eine eigene Verfassung verabschiedet, wird es innerhalb weniger Wochen von allen Staaten der damaligen EU anerkannt. Slowenien erklärt sich also einseitig für unabhängig und seine Unabhängigkeit wird anerkannt, sobald diese unabhängige Region eine eigene Verfassung hat. Die Krim hat schon lange ein eigenes Parlament, eine eigene Regierung und eine eigene Verfassung.

Das Gemeinsame im Fall von Slowenien und der Krim: Die Unabhängigkeit von Jugoslawien beziehungsweise von der Ukraine entspricht jeweils dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung.

Der Unterschied:

In Slowenien ist kein Militär der jugoslawischen Zentralregierung stationiert. Die Slowenen stimmen im Dezember 1990 mit einer Zustimmung von 95 Prozent demokratisch für die Sezession von Jugoslawien.

Die Abstimmung auf der Krim dagegen hätte die ukrainische Zentralregierung ohne Eingreifen des russischen Militärs verhindert. Demokratische Standards wurden nicht eingehalten. Die Ukraine und Nato-nahe Institutionen sprechen von einer «Farce» und wecken den Eindruck, der Entscheid sei gegen den Willen der grossen Mehrheit der Bevölkerung gefallen. Am 27. März 2014 erklärt die Uno-Generalversammlung die Abstimmung auf der Krim in einer nicht bindenden Resolution für ungültig.

Unverletzlichkeit der Grenzen vs Selbstbestimmung der Menschen

Neben allen Details der Abläufe stellt sich die grundsätzliche Frage: Ist die Unverletzbarkeit der Grenzen wichtiger als das Recht der Menschen innerhalb eines Staates auf Selbstbestimmung?

Den Kurden beispielsweise wird die Selbstbestimmung schon seit vielen Jahren verweigert. Die Ukraine hatte sich die Krim im Jahr 1991 rechtswidrig angeeignet und den dortigen Menschen seither das Recht mehrmals verweigert, über einen Verbleib bei der Ukraine oder über eine Trennung von der Ukraine selbst zu bestimmen.

FUSSNOTEN

[1] «Вы за воссоздание Крымской Автономной Советской Социалистической Республики как субъекта Союза ССР и участника оюзного договора?»

[2] Die Ukraine und westliche Institutionen argumentieren, dass das Austrittsgesetz der UdSSR vom 3.4.1990 autonomen Republiken wie der Krim ein Entscheid über die völlige Unabhängigkeit von übergeordneten Unionsrepubliken (wie der Ukraine) erst zugestehet, nachdem die übergeordnete Republik einen Austritt aus der UdSSR beschlossen hat. Die Krim könne erst ein separates Referendum über ihre Unabhängigkeit durchführen, nachdem die Ukraine aus der UdSSR austritt. Das gehe aus den Artikeln 1 und 2 des Austrittsvertrags hervor. Diese Artikel regeln den «Austritt einer Unionsrepublik». Doch der Artikel 3 präzisiert: «In einer Unionsrepublik (Red.: Ukraine), die autonome Republiken (Red.: Krim), autonome Oblaste und autonome Bezirke umfasst, **wird für jede Autonomie ein gesondertes Referendum durchgeführt.** Die Völker der autonomen Republiken und autonomen Formationen behalten das Recht, selbständig über die Frage ihres Aufenthalts in der Unions-SSR oder in der ausscheidenden Unionsrepublik zu entscheiden sowie die Frage ihres staatsrechtlichen Status zu stellen.»²

Hier Artikel 1-3 des Austrittsgesetzes im russischen Original:

Статья 1, 2 и 3 Закона СССР от 3 апреля 1990 г. № 1409-1 «О порядке решения вопросов, связанных с выходом союзной республики из СССР» (русский оригинал):

Статья 1.

Порядок решения вопросов, связанных с выходом союзной республики из СССР в соответствии со статьей 72 Конституции СССР, определяется настоящим Законом.

Статья 2.

Решение о выходе союзной республики из СССР принимается свободным волеизъявлением народов союзной республики путем референдума (народного голосования). Решение о проведении референдума принимается Верховным Советом союзной республики по собственной инициативе или по требованию, подписанному одной десятой частью граждан СССР, постоянно проживающих на территории республики и имеющих право голоса согласно законодательству Союза ССР. Референдум проводится в порядке, определяемом Законом СССР, Законом союзной, автономной республики о референдуме, если их положения не противоречат настоящему Закону.

Референдум проводится тайным голосованием не ранее чем через шесть и не позднее чем через девять месяцев после принятия решения о постановке вопроса о выходе союзной республики из СССР.

В референдуме участвуют граждане СССР, постоянно проживающие на территории республики к моменту постановки вопроса о ее выходе из СССР и имеющие право голоса согласно законодательству Союза ССР.

Во время проведения голосования какая-либо агитация по вопросу, вынесенному на референдум, не допускается.

Статья 3.

В союзной республике, имеющей в своем составе автономные республики, автономные области и автономные округа, референдум проводится отдельно по каждой автономии. За народами автономных республик и автономных образований сохраняется право на самостоятельное решение вопроса о пребывании в Союзе ССР или в выходящей союзной республике, а также на постановку вопроса о своем государственно-правовом статусе.

В союзной республике, на территории которой имеются места компактного проживания национальных групп, составляющих большинство населения данной местности, при определении итогов референдума результаты голосования по этим местностям учитываются отдельно.

[3] Trotz Einladung keine Beobachter auf der Krim

Der neue Krim-Regierungschef Sergej Aksjonow lud die OSZE ein, das Referendum zu beobachten. Doch die OSZE lehnte ab, weil die Abstimmung illegal sei und die Einladung von der Regierung in Kiew kommen müsste. US-Aussenminister John Kerry meinte, das Recht der Bewohner der Krim sei zu respektieren, selbst über ihre Zukunft zu bestimmen. Doch es sei inakzeptabel, dass russische Kräfte auf der Krim Fakten schüfen. Trotzdem waren einige Parlamentarier (rechter und linker Parteien) aus west- und osteuropäischen Ländern beim Referendum als Beobachter anwesend. Im «Berliner Tagesspiegel» vom 17. März 2014 erklärte der Landtagsabgeordnete der Linken, Torsten Koplin, der in Jalta zwölf Wahllokale besuchte und mit der städtischen Wahlleiterin sprach: «Alles ohne Beanstandungen», sagte er. Dass viele Wahlberechtigte die ungefalteten Zettel in gläserne Wahlurnen warfen, wertete er als Hinweis, dass die Krim-Bevölkerung «sehr offen und selbstbewusst» auftrete. (...)

Im Westen wurde kritisiert, dass gläserne Wahlurnen und Stimmzettel ohne Umschläge benutzt wurden. Damit sei die Wahl nicht geheim gewesen. Doch gläserne Wahlurnen entsprachen den ukrainischen Vorschriften. Dort sind Wahlurnen immer gläsern und es gibt keine Umschläge für die Wahlzettel. Es steht jedem frei, seinen Wahlzettel vor dem Einwurf in die Urne so oft wie man möchte zu falten. Wenn gläserne Urnen und fehlende Umschläge ein Kritikpunkt sind, dann gilt diese Kritik auch für sämtliche anderen Wahlen in der Ukraine vor und nach dem Referendum auf der Krim.

[3a] Die Verfassung wurde am 6. Mai 1992 vom Obersten Sowjet der Krim verabschiedet und bestand aus einer Präambel, 8 Abschnitten, 26 Kapiteln und 154 Artikeln.

Wichtige Bestimmungen:

Artikel 1:

Die Republik Krim ist ein rechtmässiger, demokratischer Staat. Sie besitzt auf ihrem Territorium das höchste Recht in Bezug auf natürliche Ressourcen, materielle, kulturelle und geistige Werte und übt ihre souveränen Rechte und die volle Macht auf diesem Territorium aus.

Artikel 9:

Die Republik Krim ist Teil des Staates Ukraine und regelt ihre Beziehungen zur Ukraine auf Vertrags- und Vereinbarungsbasis.

Artikel 6:

Amtssprache und Sprache der Verwaltung ist Russisch. Staatssprachen der Republik Krim sind Krimtatarisch, Russisch und Ukrainisch.

Artikel 3:

Teil der Republik Krim ist auch die Stadt Sewastopol, deren Beziehungen zur Republik auf vertraglicher Grundlage geregelt werden.

Weitere zentrale Punkte:

Die Verfassung wurde mehrfach geändert und am 17. März 1995 durch das ukrainische Parlament aufgehoben. Die Verfassung sah weitgehende Autonomierechte für die Krim vor, insbesondere in wirtschaftlichen Angelegenheiten. Sie regelte die Beziehungen zur Ukraine ausdrücklich auf konföderativer bzw. föderaler Grundlage.

Die Verfassung wurde mehrfach geändert und am 17. März 1995 durch das ukrainische Parlament aufgehoben.

[4] Riss.ru, August 2017, <https://riss.ru/smi/43109/>. "‘Amusing Navy’ Ukraine Goes to NATO Standards," Russian Institute for Strategic Studies, 18 August 2017.

[5] Construction is being done by Naval Mobile Construction Battalions with support from U.S. contractor KVG. The project, for which U.S. government allocated \$750,000, was anticipated to be completed at the end of 2018 but now has been postponed until spring 2019. It likely will not be final such project in Ukraine.

[6] A translation of Zhirinovsky’s remarks on a Russian talk show. See "This is Russian land—Ochakov: Zhirinovsky commented on the construction of a U.S. military base,"

http://timerodessa.net/news/eto_russkaya_zemlya_ochakov_jirinovskiy_prokommentiroval_stroitelstvo_voennoy_bazi_ssha_482.html.

[7] "U.S. Starts Building ‘Maritime Operations Center’ in Ukraine. Here’s Why," Sputniknews.com, 13 August 2017.

[8] "Rogozin on Shipbuilding in Ukraine: They Are Only ‘Service Coffee’ to American Marines," in Russian news agency, <https://ria.ru/20170820/1500711343.html>.

[9] daJoshua Kucera, "Georgia Offers NATO to Build a Black Sea Base at Poti," Eurasianet.org, 9 March 2017.

Putins Krieg gegen die Ukraine verstösst gegen das Völkerrecht

upg. Es kann durchaus sein, dass es ohne Osterweiterung der Nato und ohne Absicht, die Ukraine in die Nato aufzunehmen zu keinem Krieg gekommen wäre. Doch auch wenn sich Russland von der Nato eingeschürt fühlte, war Russland existenziell nicht bedroht. Angegriffen wurde Russland schon gar nicht. Deshalb gibt es völkerrechtlich nichts, das den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine rechtfertigt. Das hatte Infosperber bereits nach dem Überfall am 26. Februar 2022 klargemacht.

Heinz Haber:

**«Die Überbevölkerung wird
in einer ungeheuren Beschränkung der Freiheit enden»**

(Die Erlaubnis zum Wiederabdruck eines Teils des Interviews wurde Achim Wolf
am 10. September 2008 von Manfred Gregor erteilt.)

Professor Heinz Haber im Jahr 1990 kurz vor seinem Tod in einem Interview mit Manfred Gregor (Auszug): «Wir werden bestimmt von unseren Enkeln als eine der miesesten Generationen eingeschätzt werden, weil wir unglaublich selbstsüchtig sind. Wenn ich bloss an die Schätze der Erde denke. Wir haben in diesen 120 Jahren zwei Drittel des Öls und ein Drittel der Kohle verbraucht. Um diese Schätze bereitzustellen, brauchte die Erde 300 Millionen Jahre!! **Wir benehmen uns wie die Erben einer reichen Familie, die das ganze Familienvermögen in einer Nacht verprassen.** Und nach mir die Sintflut ... Und damit werden wir unseren Ruf unseren Kindern und Kindeskindern gegenüber restlos versauen. Wir mit unserer Technik, die doch eigentlich die Frucht der Intelligenz des Menschen sein soll, wir rotzen da rein ... das ist unglaublich ... Die Überbevölkerung wird in einer ungeheuren Beschränkung der Freiheit enden.»

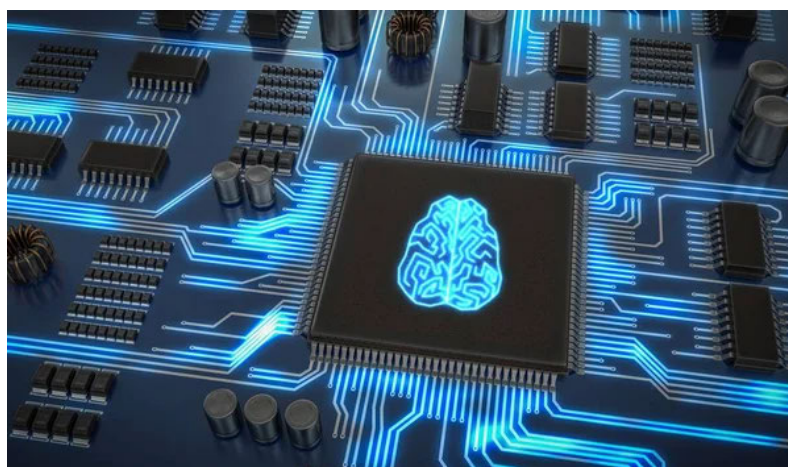


Heinz Haber (links) zusammen mit Wernher von Braun

Lizenzfreies Bild von <https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Haber%20Braun.jpg?uselang=de>

Wikipedia über Heinz Haber

Haber, Heinz (1913–1990), deutscher Physiker, Astronom und Wissenschaftspublizist. Heinz Haber wurde am 15. Mai 1913 in Mannheim geboren. Nach einem Studium der Physik und Astronomie arbeitete er von 1942 bis 1945 am Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik in Berlin und ging 1946 in die USA. An der Luftwaffenschule Randolph Field für Luftfahrtmedizin in Texas, wo er bis 1952 tätig war, wurde er zum Professor für Astrophysik ernannt. Von 1952 bis 1956 wirkte Haber als Dozent an der California-Universität in Los Angeles. In Zusammenarbeit mit Walt Disney entstand sein erster populärwissenschaftlicher Fernsehfilm «Unser Freund, das Atom, ein Plädoyer für die Kernenergie». Seit 1958 arbeitete Haber als Wissenschaftspublizist für das deutsche Fernsehen. Er produzierte mehr als 350 Fernsehbeiträge und verfasste 30 Sachbücher zu naturwissenschaftlichen Themen. Besonders bekannt wurden seine Sendungen «Der blaue Planet», «Lebendiges Weltall» und «Geschichten aus Raum und Zeit». Einige seiner Bücher wie «Der Stoff der Schöpfung», «Der offene Himmel» und «Stirbt unser blauer Planet?» verkauften sich als Bestseller. Seine Interessen galten vor allem der Astronomie, Meteorologie und den Geowissenschaften. Obschon eher unpolitisch, warnte er als einer der Ersten vor den Gefahren einer globalen Umweltzerstörung. Zu seinen zahlreichen Fernsehauszeichnungen gehören zwei Adolf-Grimme-Preise und die «Goldene Kamera». 1964 gründete Haber als Herausgeber die Wissenschaftszeitschrift «Bild der Wissenschaft». Heinz Haber starb am 13. Februar 1990 in Hamburg.

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Heinz_Haber

depositphotos.com

China greift nach dem Gehirn – Das Rennen um den direkten Zugang zum menschlichen Denken hat begonnen

uncut-news.ch, August 11, 2026

Während die Welt auf den Wettlauf um Künstliche Intelligenz blickt, zeichnet sich bereits die nächste technologische Revolution ab – und sie könnte weit tiefgreifender sein. China investiert massiv in Gehirn-Computer-Schnittstellen (Brain-Computer Interfaces, BCI) und arbeitet an Implantaten, die nach Angaben der Entwickler künftig innerhalb von nur zehn Minuten eingesetzt werden können. Was heute noch als medizinischer Fortschritt präsentiert wird, könnte morgen zu einer der strategisch wichtigsten Technologien des 21. Jahrhunderts werden.

Offiziell dienen die Implantate dazu, Menschen mit Querschnittslähmungen, Schlaganfällen oder neurologischen Erkrankungen zu helfen. Patienten sollen Computer, Prothesen oder andere Geräte allein mit ihren Gedanken steuern können. Kaum jemand wird bestreiten, dass diese Entwicklung für Millionen Betroffene enorme Chancen eröffnet.

Doch hinter dem medizinischen Nutzen verbirgt sich ein weit grösserer geopolitischer Wettlauf.

China betrachtet Gehirn-Computer-Schnittstellen längst nicht mehr nur als medizinisches Forschungsprojekt, sondern als Schlüsseltechnologie der Zukunft. Ziel ist es, den technologischen Vorsprung westlicher Unternehmen aufzuholen oder sogar zu überholen. Während in den USA Firmen wie Neuralink oder Precision Neuroscience an immer leistungsfähigeren Implantaten arbeiten, beschleunigt nun auch Peking seine Programme. Der Wettstreit erinnert zunehmend an den Konkurrenzkampf um Künstliche Intelligenz oder Halbleiter – nur dass es diesmal um den direkten Zugang zum menschlichen Nervensystem geht.

Je einfacher und schneller sich solche Implantate einsetzen lassen, desto grösser wird ihr potenzieller Anwendungsbereich. Was heute noch hochspezialisierte Neurochirurgie ist, könnte langfristig zu einem Routineeingriff werden. Genau darin liegt die eigentliche Tragweite der Entwicklung.

Denn mit jedem technischen Fortschritt wachsen auch die Fragen, auf die bislang kaum überzeugende Antworten existieren.

Neuronale Signale gehören zu den sensibelsten Daten, die ein Mensch überhaupt besitzt. Wer kontrolliert diese Informationen? Wer entscheidet, wo sie gespeichert werden, wer sie auswerten darf und wie sie vor Missbrauch geschützt werden? Mit jedem Schritt, der Gehirn und Computer enger miteinander verbindet, rücken Fragen des Datenschutzes, der Cybersicherheit und der digitalen Selbstbestimmung in den Mittelpunkt.

Hinzu kommt eine geopolitische Dimension. Staaten investieren Milliarden in Künstliche Intelligenz, Quantencomputer und Halbleiter – nun entwickelt sich auch das menschliche Gehirn zu einem strategischen Technologiefeld. Wer künftig die leistungsfähigsten Gehirn-Computer-Schnittstellen entwickelt, könnte nicht nur medizinische Standards setzen, sondern auch wirtschaftlichen, technologischen und sicherheitspolitischen Einfluss gewinnen.

Noch befinden sich viele Anwendungen im experimentellen Stadium. Von einem allgemeinen «Gedankenlesen» oder einer direkten Manipulation des menschlichen Bewusstseins, wie sie häufig in Science-Fiction-Filmen dargestellt wird, sind die heutigen Systeme weit entfernt. Dennoch zeigt die Entwicklung eine klare Richtung: Die Grenze zwischen biologischem Nervensystem und digitaler Technologie wird zunehmend durchlässig.

China macht daraus keinen Hehl. Das Land will bei dieser Schlüsseltechnologie künftig nicht nur mithalten, sondern eine führende Rolle übernehmen. Der Wettlauf um die nächste Generation der Hochtechnologie hat damit eine neue Dimension erreicht.

Je enger Mensch und Maschine miteinander verschmelzen, desto wichtiger wird die Frage, wer am Ende die Kontrolle über diese Verbindung besitzt.

Quelle: China races to develop brain-computer interfaces that can be inserted in 10 minutes

Quelle: <https://uncutnews.ch/china-greift-nach-dem-gehirn-das-rennen-um-den-direkten-zugang-zum-menschlichen-denken-hat-begonnen/>

Dreizehn Missverständnisse über Überbevölkerung

Von Jan van Weeren, Club van Tien Miljoen, <https://overbevolking.nl/>

Überbevölkerung? Wieso? * In Diskussionen über Überbevölkerung treten ständig verschiedene Missverständnisse ans Licht, manchmal auch der Unwille, das Problem anzuerkennen, manchmal aufgrund eines Mangels an Information. Die dreizehn wichtigsten Missverständnisse werden hier unten widerlegt.

Missverständnis 1

Es gibt mehr als ausreichende Ernährung für sämtliche Erdbewohner, zurzeit wie in der Zukunft. Das Problem ist die ungleiche Verteilung. In reichen Ländern herrscht Überfluss, in armen Ländern gibt es einen Mangel.

Reaktion

Der Überfluss in reichen Ländern entsteht dadurch, dass sie Nahrungsprodukte aus dem Ausland importieren können. Dabei zehren sie von den natürlichen Ressourcen anderer Länder. Einwohner armer Länder können das nicht. Sie sind auf sich selbst angewiesen oder müssen ihre Rohstoffe gegen Nahrung tauschen. Überbevölkerung ist per definitionem eine Situation, in der eine Region den Bedürfnissen seiner Bewohner nicht entsprechen kann. In dem Sinne sind sowohl die reichen wie die armen Länder überbevölkert: die reichen, weil sie Nahrungsprodukte von aussen einführen, die armen, weil das Land seinen Einwohnern ungenügend Existenzmittel verschafft.

Ein Gleichgewicht entsteht, wenn die natürliche Tragfähigkeit einer Region der Zahl der Einwohner entspricht und sich ein extensiver Transport von Nahrungsprodukten erübrigt. Transport verursacht viel Kohlendioxidausstoss und trägt dadurch zum Klimawandel bei, was weitere Nahrungsprobleme zur Folge hat. Eine gerechtere Verteilung von Nahrung über die Welt würde noch mehr Transport notwendig machen und noch mehr Energieverbrauch für Verarbeitung und Konservierung sowie für Straßenbau nach sich ziehen. Der Kohlendioxidausstoss würde weiter zunehmen.

Missverständnis 2

Menschen in armen Ländern konsumieren weniger und verursachen weniger Verschmutzung als Menschen in reichen Ländern. Erschöpfung der Erde und Klimawandel durch den Ausstoss von Treibhausgasen sind die Folge des Überkonsums in reichen Ländern; arme Länder sind dafür überhaupt nicht verantwortlich. Das wirkliche Problem heisst nicht Überbevölkerung, sondern Überkonsum.

Reaktion

Einverstanden. Würden die reichen Länder weit weniger konsumieren und verschmutzen, so wäre eine Anzahl Probleme behoben. Eine Drosselung von Konsum und Verschmutzung kann am wirksamsten erreicht werden, indem sich die Zahl der Konsumenten, also die Menschenzahl verringert.

Schwellenländer wie China und Indien bemühen sich, das Konsumverhalten reicher Länder zu übernehmen. Dadurch verschlimmert sich die Situation weltweit. Auch in Schwellenländern ist Bevölkerungsverringerung das beste Mittel gegen Übererschöpfung und Verschmutzung.

Kurz und gut: Je weniger Menschen hier leben wie wir, desto besser. Und auch: je weniger Menschen drüben leben wie wir, desto besser.

Missverständnis 3

Wir brauchen mehr junge Leute, um der der Vergreisung entgegenzutreten. Denn wer sonst wird die Wirtschaft in Schwung halten und für die Renten sorgen? Und wer wird später die Älteren betreuen?

Reaktion

Es gibt verschiedene Argumente gegen das Hochtreiben der Geburtenrate oder das Anziehen junger Immigranten. Zunächst verschieben diese Massnahmen das Problem: auch junge Leute werden einmal alt, und wer betreut dann sie?

Zweitens gibt es innerhalb der jetzigen Bevölkerung auch bei Vergreisung noch sehr viel verborgene Arbeitskapazität. Viel Menschen arbeiten in Teilzeit oder sind auf der Suche nach Arbeit.

Drittens nimmt der Bedarf an Arbeitskräften infolge Automatisierung und Robotisierung immer mehr ab; dies zeigen uns die Banken und Ladengeschäfte.

Zum Schluss: Was wir zusätzlich für Altenpflege spenden müssen, wird als Kosten für Jugendliche, wie Schulen und Unterricht, eingespart.

Missverständnis 4

Überbevölkerung ist nicht die Ursache von Nahrungsmangel in einer Zahl von Ländern in Afrika und dem Mittleren Osten, sondern Krieg und Armut. Ob es da nun mehr oder weniger Menschen gibt, ist egal. Wer das Pech hat, dort zu leben, leidet Hunger.

Reaktion

Krieg und Armut sind eher die Folge von Überbevölkerung, als eine Ursache von Nahrungsmangel. In nahezu allen Kriegsgebieten im Mittleren Osten (Syrien, Jemen) und Afrika (Somalia, Eritrea) gibt es Nahrungsmangel infolge grosser Dürre. Es gibt zu wenig Wasser, Weiden und Äcker für ein Übermass an Menschen. Wenn andere mehr besitzen und einem nicht aushelfen wollen, dann wird man sich es zueignen und entsteht Krieg. Aber in all diesen Fällen ist Überbevölkerung die tiefere Ursache: zu viel Menschen in einer Region mit unzureichender Tragfähigkeit.

Missverständnis 5

Kinder kriegten ist ein basales Recht und eine persönliche Entscheidung. Die Regierung darf sich hier nicht einmischen. Wir leben ja nicht in China.

Reaktion

Artikel 16 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte spricht jedem das Recht zu, heiraten zu dürfen und eine Familie zu gründen. Aber wenn dieses Recht uneingeschränkt ausgeübt wird, könnte das zur Folge haben, dass andere Rechte durch Überbevölkerung in die Klemme geraten, zum Beispiel das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard (Artikel 25), falls die zahlstarken Nachkommen in eine Situation der Knappheit geraten.

Des Weiteren mischt sich die Regierung schon Jahre in die Familiengründung ein, indem sie der Gemeinschaft die damit verbundenen Kosten aufbürdet, in Form von Kinderzuschlag, Steuervorteilen oder Kinderbetreuungsgeld. Dies ist ungerecht Personen gegenüber, die keine Kinder wollen; sie müssen den Kinderwunsch anderer mitfinanzieren. Womöglich sind es große Tierfreunde, aber als Hundebesitzer zahlt man lediglich Steuer!

Missverständnis 6

Frühere Weltuntergangsprophezeiungen infolge Überbevölkerung haben sich nicht bewahrheitet. Malthus und der Klub von Rom haben Unrecht bekommen. Die Agrartechnologie hat immer für eine Lösung gesorgt, durch die Grüne Revolution im vorigen Jahrhundert und jetzt wieder durch gentechnisch veränderte Pflanzen.

Reaktion

Noch immer sind 10% der Weltbevölkerung unterernährt. Klimawandel beeinträchtigt im wachsenden Ausmass die Nahrungsversorgung. Laut der Agrarorganisation der Vereinten Nationen muss die weltweite Produktion von Nahrung, Viehfutter und Nahrungsmittelfasern um 2050 verdoppeln, um den wachsenden Bedarf einer zunehmenden Weltbevölkerung zu erfüllen.

In dieser Weise geraten wir jedoch in einen Teufelskreis. Eine vergrößerte Nahrungsproduktion beugt Hungersnot vor; dadurch bleiben immer mehr Menschen am Leben, die sich an ihrer Stelle wieder fortpflanzen, wodurch immer mehr Nahrung produziert werden muss, damit eine wachsende Zahl hungriger Mäuler gefüllt werden kann. Der Teufelskreis wird schroff durchbrochen, wenn die Nahrungsproduktion mit der Bevölkerungszunahme nicht mehr Schritt halten kann.

In einigen Regionen ist das schon der Fall. Die Situation im subsaharischen Afrika hat sich in den vergangenen Jahren lediglich verschlimmert. Das ständige Hochschrauben der Nahrungsproduktion wird sich letztendlich als eine Sackgasse herausstellen.

Missverständnis 7

Wenn es sich um Geburtenkontrolle handelt, beschränkt man sich immer auf Entwicklungsländer. Die Menschen dort werden von den reichen Ländern dazu aufgefordert, ihre Kinderzahl zu begrenzen. Das riecht ein wenig nach Rassismus.

Reaktion

Viele Frauen in Entwicklungsländern möchten Familienplanung praktizieren, doch bekommen nicht die Chance dazu. In zahlreichen Kulturen werden Mädchen im jungen Alter vermählt und bestimmt der Mann die Zahl der Nachkommen. Eher ist von einem Mangel an Frauenemanzipation als von Rassismus die Rede.

Missverständnis 8

Weltweit geht die Zahl der Geburten pro Frau immer mehr zurück. Sie nähert sich der Zahl von zwei Kindern, dem Ersetzungsniveau. Die Weltbevölkerung wird sich demzufolge um die Jahrhundertwende auf gut zehn Milliarden Menschen stabilisieren und danach womöglich sogar abnehmen.

Reaktion

Dies ist eine Annahme. Bei dieser Voraussage wird die mittlere Prognose der Vereinten Nationen übernommen, aber es gibt nicht die geringste Garantie, dass diese sich bewahrheiten wird. Wenn wir die Fruchtbarkeitsraten der Jahre 2005–2010 extrapolieren, kommen wir auf 27 Milliarden Menschen aus. Aber auch wenn die mittlere Prognose stimmt, gibt es zu viele Menschen für die auf Erden verfügbaren Ressourcen, sicherlich wenn alle diese Menschen eine höhere Wohlfahrtsstufe anstreben. Man hat hochgerechnet, dass die jetzige Weltbevölkerung von etwa 7,5 Milliarden Menschen auf der globalen Wohlfahrtsstufe von 1950 dauerhaft existieren kann. Das bedeutet für die reichen Länder entweder einen Riesenschritt zurück oder eine gehörige Reduktion der Einwohnerzahl.

Missverständnis 9

Drängen auf Geburtenkontrolle ist Frauenunterdrückung. Schwangerschaften werden lediglich als unerwünscht betrachtet, weil Frauen durch sie der Arbeitstätigkeit entzogen werden. Die Frau wird an ihrer Selbstentfaltung gehindert.

Reaktion

Frauen haben die grundsätzliche Freiheit, ihren Kinderwunsch zu erfüllen. Sie sollen gesetzlich in die Lage versetzt werden, in aller Ruhe ein Kind zur Welt zu bringen. Dafür gibt es ja den Mutterschaftsurlaub.

In der heutigen Situation der Überbevölkerung jedoch ist die staatliche Förderung von Geburten unerwünscht. Menschen ohne Kinder dürfen nicht vom Staat Menschen mit Kindern gegenüber diskriminiert werden, indem letzteren steuerliche Vorteile und Zuschüsse zuerkannt werden.

Missverständnis 10

Das Problem der Migration hat nichts mit dem Problem der Überbevölkerung zu tun. Bei Migration sind die Menschen schon da. Sie wandern, aber ihre momentane Zahl ändert sich nicht. Sie müssen die Freiheit haben, selbst ihren Wohnsitz auf Erden zu wählen.

Reaktion

Bei der heutigen Situation des Überkonsums in reichen Ländern mit katastrophalen Folgen für die Umwelt gilt es, die Zahl der Personen, die diese Lebensweise übernimmt, stark zu reduzieren, sowohl durch Geburtenkontrolle als durch Immigrationsstopp.

Es ist unfair, dass Länder, die durch ihren jahrelangen Ausstoß von Kohlendioxid den Klimawandel verursacht haben, die (mit) dadurch entstandenen Migrationsströme nicht aufnehmen wollen. Aber wenn die Bekämpfung von Überbevölkerung und Überkonsum Priorität hat, können reiche Länder erst dann Immigranten zulassen, wenn sie die eigene Bevölkerungszahl und das eigene Konsumniveau erheblich verringert haben.

Missverständnis 11

Überbevölkerung kann nicht wirklich ein Problem sein, denn die Regierung spricht nie davon.

Reaktion

Mit dem Thema Überbevölkerung kann keinen politischen Gewinn erzielt werden. Christliche Parteien betrachten die (kinderreiche) Familie als den Eckstein der Gesellschaft, die Linken bewerten das Kinderkriegen als ein basales Menschenrecht und Neoliberalen sehen Menschen vor allen Dingen als Konsumenten und Arbeitskräfte. Auf dem rechten Flügel gibt es Widerstände gegen Immigration, aber aus anderen Gründen als Bevölkerungszunahme.

Missverständnis 12

Die Geschichte lehrt uns, dass Technologie nach wie vor Probleme löst. Weshalb könnte das nicht mit Überbevölkerung der Fall sein?

Reaktion

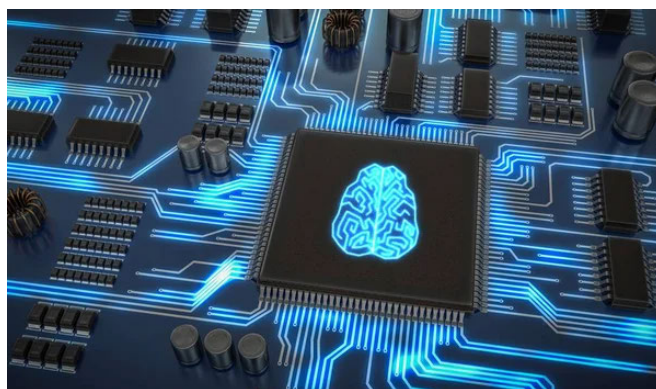
Dabei wird in erster Instanz an Nahrungsproduktion, Biotechnik und Wassermanagement gedacht. Die Technologie hat das Problem Überbevölkerung jedoch bereits im vorigen Jahrhundert gelöst. Die Erfindung moderner Antikonzeptionsmittel hat dafür gesorgt, dass der Mensch koitieren kann, ohne Nachwuchs zu erzeugen und in dieser Weise seine Zahl den Lebensumständen anpassen kann. Die Technologie ist bereits da, wir brauchen sie bloss zu verbreiten und zu benutzen.

Missverständnis 13

Biete Frauen Zugriff auf moderne Verhütungsmittel, sodann ist die Frage der Übervölkerung aus der Welt geschafft.

Reaktion

Die Verfügbarkeit moderner Antikonzeptionsmittel ist eine notwendige, jedoch keine hinreichende Vorbedingung für Familienplanung. Forschung zeigt, dass noch viel Unwissen herrscht. Frauen meinen zum Beispiel, dass man nicht schwanger werden kann, wenn man es nur selten treibt, oder solange man ein Kind säugt. Auch haben Frauen Angst, dass die Pille dick macht oder der Gesundheit schadet. Das Hauptproblem jedoch ist kultureller Art. Unverheiratete Frauen, die die Pille nehmen, werden für leichtsinnig gehalten; die Umgebung oder geistliche Führer meinen schlicht, dass man Kinder gebären muss, oder Männer lassen ihr Prestige von zahlstarken Nachkommen abhängen.



Apple gibt den Startschuss: Jetzt soll die KI auch unsere privaten Nachrichten lesen

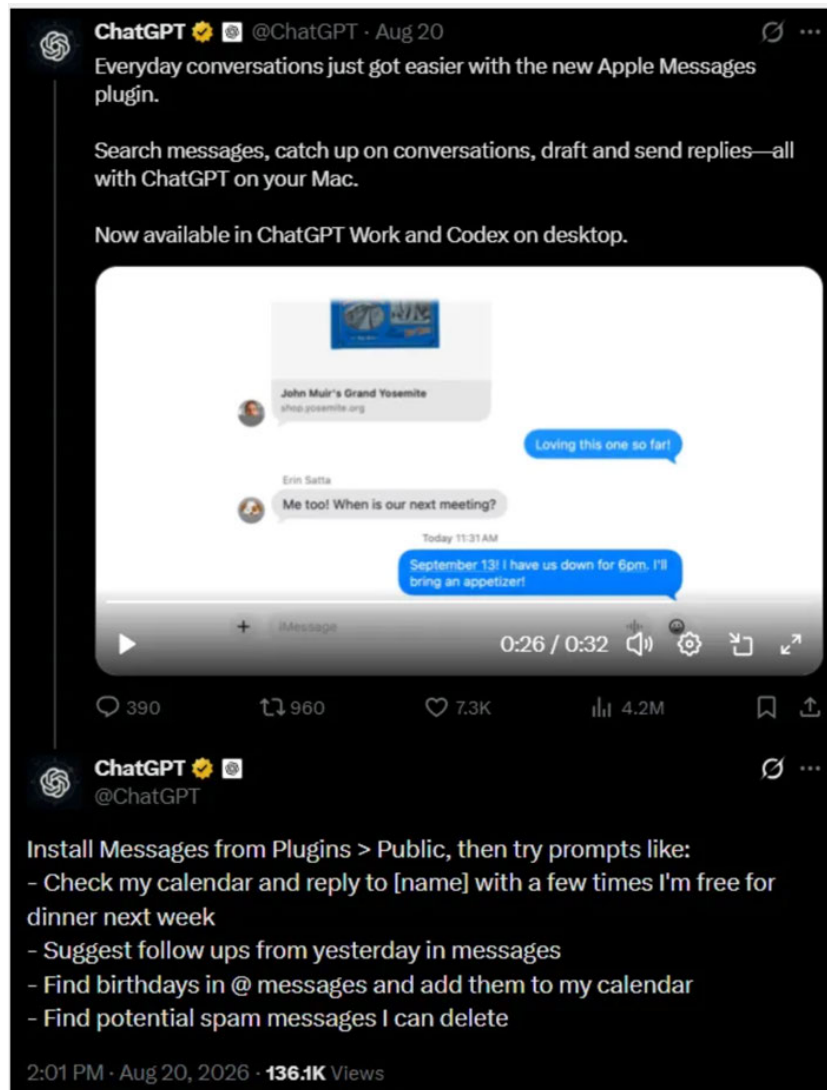
uncut-news.ch, August 24, 2026

Die nächste Grenze fällt. Künstliche Intelligenz soll nicht mehr nur Fragen beantworten, Texte schreiben oder Bilder erzeugen. Sie soll immer tiefer in unser persönliches digitales Leben eindringen – bis hinein in private Unterhaltungen.

Mit der neuen Integration von Apple Messages in ChatGPT für macOS kann der KI-Assistent – nach entsprechender Freigabe durch den Nutzer – Nachrichten durchsuchen, Gesprächsverläufe zusammenfassen, Antworten formulieren und beim Versenden helfen.

Was als Komfortfunktion verkauft wird, markiert einen bemerkenswerten Paradigmenwechsel: **Wir beginnen freiwillig, einer KI Zugang zu einem der intimsten Archive unseres Alltags zu geben – unseren privaten Gesprächen.**

In einem Beitrag auf X erklärte OpenAI: «Nachrichten suchen, Unterhaltungen nachlesen, Antworten verfassen und versenden – alles mit ChatGPT auf Ihrem Mac.»



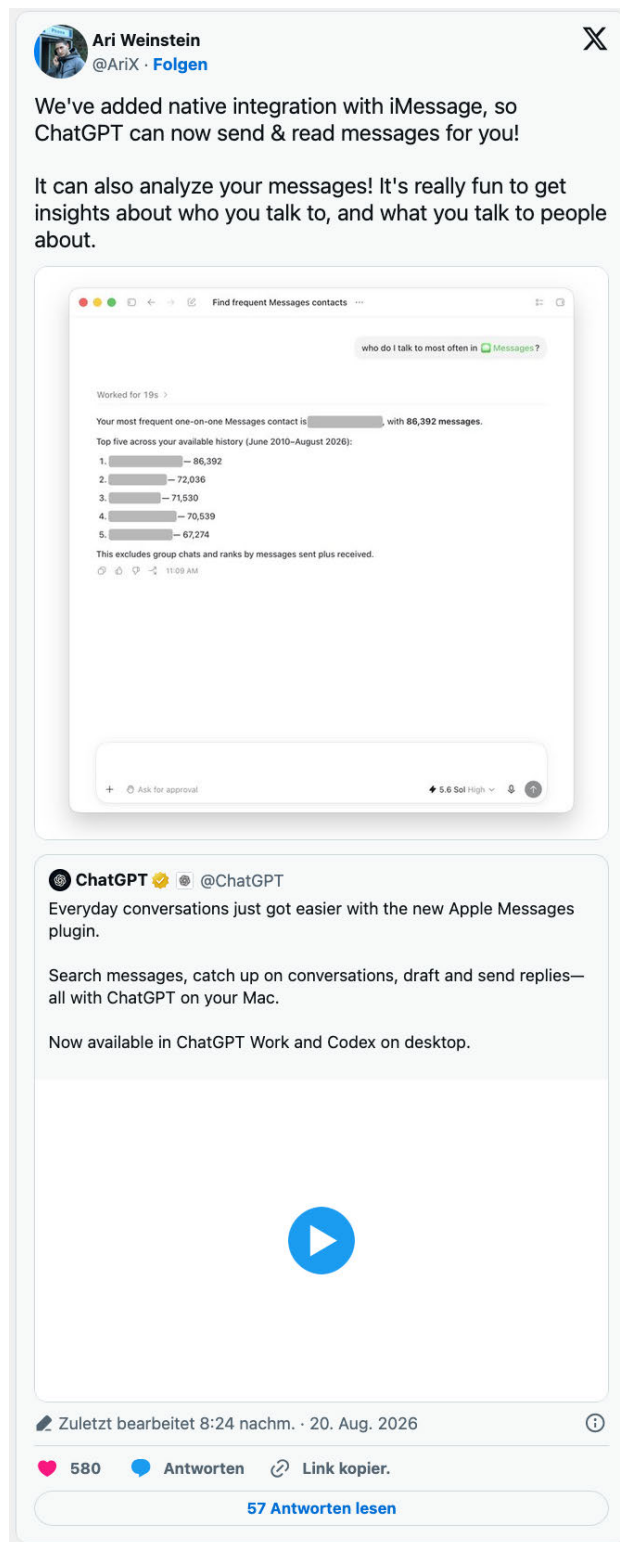
Gib der KI einfach dein Leben

Wer seine Nachrichten für einen KI-Assistenten öffnet, liefert potenziell weit mehr als ein paar belanglose Textzeilen. Private Kommunikation kann offenbaren, mit wem wir verkehren, worüber wir uns Sorgen machen, was wir kaufen, wohin wir reisen, wie unsere Beziehungen aussehen, welche politischen Ansichten wir diskutieren und welche Probleme uns beschäftigen.

Aus Tausenden solcher kleinen Informationen entsteht etwas äusserst Wertvolles: ein detailliertes digitales Persönlichkeitsprofil.

Die Vision der Tech-Konzerne wird damit immer deutlicher. Die KI soll nicht nur wissen, was wir gerade fragen. Sie soll unseren Kontext kennen, sich erinnern, unsere Kommunikation verstehen und schliesslich Aufgaben für uns erledigen. Je mehr wir ihr geben, desto besser kennt sie uns. Irgendwann womöglich besser, als wir uns selbst kennen.

Wir haben eine native Integration mit iMessage hinzugefügt, sodass ChatGPT jetzt Nachrichten für Sie senden & lesen kann! Es kann auch Ihre Nachrichten analysieren! Es macht wirklich Spass, Einblicke darüber zu bekommen, mit wem Sie sprechen und worüber Sie mit Leuten reden.



Liest Sam Altman jetzt alle iMessages?

So einfach ist es allerdings nicht – und genau hier muss man sauber bleiben.

Die neue Funktion bedeutet **nicht**, dass Apple automatisch sämtliche privaten Nachrichten seiner Kunden an OpenAI beziehungsweise OpenAI übermittelt. Der Nutzer muss ChatGPT Zugriff gewähren beziehungsweise die Funktion verwenden.

Auch die Behauptung, Sam Altman könne nun persönlich unsere Nachrichten lesen, wäre falsch.

Die Frage nach dem Training ist dennoch relevant. OpenAI bietet für ChatGPT Einstellungen an, mit denen Nutzer festlegen können, ob ihre Inhalte zur Verbesserung der Modelle verwendet werden dürfen. Dass Nutzerdaten grundsätzlich für Modellverbesserungen verwendet werden können, sofern die entsprechenden Einstellungen dies zulassen, ist seit Jahren Bestandteil der Datenschutzdebatte um generative KI.

Genau deshalb sollte niemand leichtfertig davon ausgehen, dass der Zugriff einer KI auf private Kommunikation dasselbe ist wie eine rein lokale Suchfunktion auf dem eigenen Computer.

Vom Werkzeug zum digitalen Stellvertreter

Der eigentliche Sprung liegt woanders. Wir haben Google unsere Suchanfragen gegeben, sozialen Netzwerken unsere Freundschaften und Interessen, Smartphones unsere Standorte, Cloud-Diensten unsere Fotos und Dokumente.

Nun geben wir KI-Systemen zunehmend die Möglichkeit, all diese Informationsinseln miteinander zu verbinden und daraus Zusammenhänge zu erkennen. Das Ziel ist der perfekte persönliche Assistent.

Doch der perfekte persönliche Assistent benötigt zwangsläufig eines: **möglichst viel Wissen über seinen Besitzer.**

Und genau darin steckt der Konflikt. Je hilfreicher diese Systeme werden sollen, desto grösser wird der Anreiz, ihnen Zugriff auf Nachrichten, E-Mails, Kalender, Fotos, Dokumente, Gesundheitsinformationen und andere persönliche Daten zu geben.

OpenAI geht beispielsweise inzwischen noch weiter und ermöglicht Nutzern in einem gesonderten Gesundheitsbereich, medizinische Daten und Gesundheits-Apps mit ChatGPT zu verbinden. Dort gelten allerdings zusätzliche Schutzmassnahmen; OpenAI erklärt ausdrücklich, dass Gespräche in diesem Gesundheitsbereich nicht zum Training seiner Foundation Models verwendet werden.

Wir bauen unser eigenes digitales Dossier

Dafür braucht es zunächst keinen geheimen Überwachungsplan und keinen Zwang durch eine Regierung. Das möglicherweise Bemerkenswerteste an dieser Entwicklung ist gerade das Gegenteil: **Wir machen es freiwillig.**

Wir öffnen den Tech-Giganten unsere Nachrichten, Fotos, Kontakte, Suchanfragen, Gesundheitsdaten und persönlichen Gewohnheiten, weil jede einzelne Funktion bequem erscheint. Die Gefahr entsteht durch die Summe.

Denn wer genügend digitale Spuren eines Menschen zusammenführen und analysieren kann, besitzt nicht einfach nur «Daten». Er kann Beziehungen, Gewohnheiten, Interessen und Verhaltensmuster erkennen und daraus immer präzisere Rückschlüsse ziehen.

Und solche Datenbestände sind nicht nur für Unternehmen interessant. Sie können – abhängig von Rechtsordnung, Verfahren und konkreter Datenhaltung – auch Gegenstand staatlicher Herausgabeanordnungen werden.

Apple gibt damit nicht einfach «unsere Nachrichten an Sam Altman weiter». Das wäre eine Übertreibung. Die viel grössere Entwicklung ist subtiler: Wir gewöhnen uns daran, KI-Systemen freiwillig immer tiefere Einblicke in unser Privatleben zu gewähren – bis der digitale Assistent eines Tages womöglich mehr über uns weiss als jeder Mensch in unserem Umfeld.

Quelle: ChatGPT update adds Apple Messages integration on Mac

Quelle: <https://uncutnews.ch/apple-gibt-den-startschuss-jetzt-soll-die-ki-auch-unsere-privaten-nachrichten-lesen/>

Vermehrung und die Grenzen des Wachstums

Ein Gastbeitrag von Achim Weimer zur Geburtenstopp-Petition vom 18. Februar 2020

Der Dalai Lama hat es so ausgedrückt: Jeder Mensch ist ein wunderbares Wesen. Aber es gibt zu viele dieser wunderbaren Wesen auf dem Planeten.

Wenn wir es nicht Katastrophen – Hunger, Krieg, Seuchen – überlassen wollen; wenn wir auch dem Rat Stephen Hawking's noch nicht folgen können, Wohnstatt auf einem anderen Planeten zu suchen; dann bleibt die Überbevölkerung das grosse Grundproblem, an dem jeder Versuch einer globalen ökologischen Wende scheitern wird.

Wollten wir aus Einsicht weniger werden, hiesse das, weniger Kinder in die Welt zu setzen.

Wirklich wirkungsvoll wäre dann die Ausrichtung auf eine weltweite Ein-Kind-Politik. Das würde mit sich bringen, wo auch immer in der Welt, durch eine längere Phase der Überalterung hindurch gehen zu müssen.

Wie viele Menschen wären auf dem Planeten noch verträglich?

So, dass Flora und Fauna angemessene Räume blieben ...

So, dass Herden wieder ziehen und Naturräume sich regenerieren könnten ...

Es genügt nicht, dass die Arten nur nicht weiter ausgerottet, vergiftet, eingesperrt, zu Nahrung degradiert werden. Wir müssen ihnen auch Raum und Ungestörtheit überlassen, um sich wieder in Würde entfalten zu können. Die Hälfte der Erde müssten wir wohl unter Naturschutz stellen. Nur dann kann der Planet sich erholen und Lebensräume bereitstellen für die grosse Vielfalt des Lebendigen. Und dann müssten wir Menschen lernen, dass es Orte gibt, an denen wir nichts zu suchen und nichts zu finden haben. Von dieser Überlegung her also wäre dann zu fragen:

Wie viele Milliarden Menschen passen auf die (halbe) Erde?**Eine Milliarde? Das wäre mein Bauchgefühl. Besser weniger?**

In jedem Fall scheint es die falsche und höchst gefährliche Ausrichtung, in Überlegungen das Heil zu suchen, die suggerieren, 10 Milliarden Menschen auf dem Planeten versorgen zu können. Das widerspricht jeglichem Wissen und einem Gewissen, das für das Leben an sich mitfühlt.

Allzu leichtfertig wird die Ein-Kind-Politik der Chinesen diskreditiert.

Doch bei allen Fehlern in der Umsetzung und vielleicht sogar in der Fragwürdigkeit der Motive: Wie sähe China heute ohne diese Politik aus? Und wie die Welt, wenn viele Millionen weiterer Chinesen unter dem noch unerträglicheren Bevölkerungsdruck China verlassen hätten? Die Westküste Kanadas gibt eine anschauliche Idee davon. Indien versucht es mit vielen Mitteln, allerdings ohne konsequente Ein-Kind-Politik: und scheitert. Die Folgen für die Natur und für die Menschen dort sind extrem.

In Europa, speziell auch in Deutschland, sollten wir den demographischen Wandel, der sich ohne Lenkungs politik ergeben hat, endlich als Chance begreifen.

Als eines der am dichtesten besiedelten Länder der Welt ist es ein irriger Weg, diesen Wandel durch Zuzug von «Aussen» gleichsam umzukehren. Der ernsthafte Ausstieg aus der Wachstumsgesellschaft beträfe eben auch das Bevölkerungswachstum selbst. Warum weichen wir dieser Frage so konsequent in den gesellschaftlichen und politischen Diskursen aus?

Wenn ich vor die Haustür gehe, habe ich ein Beispiel vor Augen, was starkes Bevölkerungswachstum bedeutet: Die Wetterau, eines der fruchtbarsten Gebiete Europas wird zubetoniert. Der «Ballungsraum Frankfurt» explodiert förmlich. Baugebiete, Gewerbegebiete, Strassenbau soweit das Auge reicht. Wofür? Unausweichlich? «Wir leben nicht auf der Insel der Glückseligen. Wir können uns der Entwicklung nicht entziehen», sagt unser Bürgermeister.

Grüne Politiker fordern hier gleichzeitig den Stopp der Flächenversiegelung, aber auch mehr Wohnungsbau und freien Zuzug. Wie soll das zusammen gehen?

Wo ist die erste deutsche Stadt, die sich diesem Wachstum verweigert? Die konsequent keine neuen Baugebiete mehr ausweist und keine Strassen mehr baut, sie vielmehr sogar zurückbaut und renaturiert?

Kann sich Deutschland, kann sich die Weltgemeinschaft, kann sich die Erde weiter Bevölkerungswachstum leisten? Oder müssen wir es aus «ethischen Gründen» hinnehmen und uns auf unbedenkliche Massnahmen wie «mehr Bildung» konzentrieren, die zwar unverzichtbar sind, aber in der gebotenen Dringlichkeit nicht überzeugend funktionieren – wie zahlreiche Beispiele zeigen.

Präsident Erdogan will mit Bevölkerungswachstum die Macht seines Landes erhöhen. Andere wollen mit Masse Religionen exportieren. Der Präsident von Tansania hat aufgerufen, noch mehr Kinder zu bekommen, um die Wirtschaft im Land anzukurbeln. Sind wir an dieser Stelle wirklich klüger?

Die unbegrenzte Vermehrung der Menschen wahrhaft umzukehren wird mit Härten verbunden sein, ohne Frage. Aber diese Härten erscheinen unbedeutend, verglichen mit denen, die uns und die Kommenden erwarten, wenn wir so weitermachen.

Quelle: <http://www.interbeing.de/2019/08/16/vermehrung-und-die-grenzen-des-wachstums/>

Die Erlaubnis zur Weiterverwendung des Artikels wurde vom Autor Achim Weimer am 17. Februar 2020 erteilt



Zug bei Schiessübungen der ukrainischen Armee via Wikimedia

**Die nächste Stufe ist bestätigt:
Europa bereitet bereits Truppen für die Ukraine vor**

uncut-news.ch, August 25, 2026

Während öffentlich weiter von Waffenstillstand und Friedensverhandlungen gesprochen wird, schafft die sogenannte «Coalition of the Willing» längst militärische Fakten für die Zeit danach. Die offizielle Erklärung vom 24. August zeigt: Grossbritannien, Frankreich, Deutschland und ihre Partner wollen die militärische Unterstützung der Ukraine nicht nur fortsetzen, sondern eine dauerhafte Sicherheitsarchitektur aufbauen, die eine multinationale Truppe auf ukrainischem Boden einschliesst.

Das Entscheidende steht beinahe unscheinbar gegen Ende der Erklärung: Die Koalition werde die **«Multinational Force Ukraine» weiter vorbereiten**, damit diese eingesetzt werden könne, sobald eine «glaubwürdige Einstellung der Feindseligkeiten» erreicht sei.

Damit geht es längst nicht mehr nur um Waffenlieferungen. Es geht um die Vorbereitung einer westlich geführten militärischen Präsenz in der Ukraine.

Die Truppe existiert nicht nur auf dem Papier

Noch brisanter wird das Dokument, wenn man es mit einer offiziellen Mitteilung des britischen Verteidigungsministeriums vom 24. Juli zusammennimmt.

Die Multinational Force Ukraine besitzt bereits eine Kommandostruktur.

Der britische Generalleutnant Tom Bateman hat das Kommando übernommen. Das operative Hauptquartier befindet sich in Paris. Nach einer Einstellung der Kampfhandlungen soll zusätzlich ein Hauptquartier in Kiew eingerichtet werden. Die geplanten Aufgaben gehen weit über symbolische Beobachter hinaus: Die Truppe soll beim Wiederaufbau und bei der Ausbildung ukrainischer Landstreitkräfte helfen, ukrainischen Luftraum absichern und maritime Operationen unterstützen.

Die britische Regierung bezeichnete die Truppe im Juli sogar bereits als «Ready to Operate» – einsatzbereit. Noch weiter geht eine offizielle britisch-französisch-ukrainische Absichtserklärung: Darin wird ausdrücklich die Stationierung britischer, französischer und weiterer Streitkräfte der «Multinational Force Ukraine» auf ukrainischem Territorium vorgesehen. Ihre Aufgaben sollen sich auf Land, Luft und See erstrecken. Den eingesetzten Kräften soll zudem ermöglicht werden, zur Erfüllung ihrer Mission und zum eigenen Schutz Gewalt anzuwenden.

Waffenstillstand bedeutet damit nicht Entmilitarisierung

Damit ist die nächste Stufe nicht länger Spekulation. Europa bereitet konkret eine militärische Präsenz in der Ukraine vor – einschliesslich Kommandostruktur, Stationierungsplanung und möglichem Gewalteinsatz. Allerdings soll diese Präsenz laut den offiziellen Dokumenten erst nach einer glaubwürdigen Einstellung der Kampfhandlungen erfolgen.

Ein Waffenstillstand würde nach den Vorstellungen der Koalition nicht zwangsläufig zu einer militärischen Entflechtung zwischen Russland und dem Westen führen. Im Gegenteil.

Nach dem Ende der Kampfhandlungen könnte eine neue Phase beginnen, in der europäische Streitkräfte offiziell in der Ukraine präsent sind, ukrainische Truppen weiter ausbilden und aufrüsten und Teile des ukrainischen Luft- und Seeraums absichern.

Damit würde die Ukraine militärisch noch enger mit europäischen Staaten verzahnt – auch ohne formelle NATO-Mitgliedschaft.

Aus Moskauer Perspektive dürfte genau dies eine der entscheidenden Fragen möglicher Verhandlungen werden: Wenn Russland einen Waffenstillstand akzeptiert, stehen anschliessend britische, französische oder andere europäische Soldaten dauerhaft in der Ukraine?

Gleichzeitig wird die Ukraine weiter aufgerüstet

Von einer Vorbereitung auf militärische Entspannung ist auch an anderer Stelle wenig zu erkennen.

Die Koalition kündigt weitere Luftverteidigung, zusätzliche Zusammenarbeit mit der ukrainischen Rüstungsindustrie und Technologietransfers an. Gleichzeitig sollen Sanktionen gegen Russland und dessen militärisch-industriellen Komplex verschärft werden.

Grossbritannien geht noch einen Schritt weiter.

London hat dem Rüstungskonzern MBDA erlaubt, geheime Informationen über britische Komponenten des Langstreckenflugkörpers SCALP freizugeben, damit entsprechende Montagelinien in der Ukraine aufgebaut werden können. Das ist strategisch etwas anderes als die Lieferung fertiger Raketen.

Die Ukraine soll zunehmend selbst in die Lage versetzt werden, westliche Langstreckenwaffen zu produzieren beziehungsweise zu montieren.

Frieden wird vorbereitet – und gleichzeitig die nächste militärische Ordnung

Offiziell wird all dies als Sicherheitsgarantie bezeichnet.

Aus Sicht der Unterstützer ist die Logik nachvollziehbar: Ein zukünftiger Waffenstillstand soll nicht zu einer Pause werden, in der Russland seine Streitkräfte regeneriert und später erneut angreift. Eine starke Ukraine und europäische militärische Präsenz sollen genau das verhindern.

Doch dieselbe Konstruktion lässt sich von der anderen Seite vollkommen anders lesen.

Russland könnte darin eine faktische Verschiebung westlicher Militärstrukturen bis unmittelbar an seine Grenze sehen – nur ohne das Etikett NATO.

Und genau daraus entsteht das gefährliche Paradox:

Je stärker Europa versucht, einen zukünftigen Frieden militärisch abzusichern, desto schwieriger könnte es werden, überhaupt einen Waffenstillstand auszuhandeln. Denn Moskau müsste einem Ende der Kampfhandlungen zustimmen, obwohl anschliessend genau jene westliche Militärpräsenz entstehen könnte, die Russland seit Jahren verhindern will.

Und die Vorbereitungen laufen bereits

Es handelt sich nicht mehr nur um politische Absichtserklärungen. Die Multinational Force Ukraine besitzt eine Führung, ein Hauptquartier und konkrete Einsatzaufgaben. Grossbritannien und Frankreich führen die Struktur gemeinsam. Übungen sollen die Fähigkeit demonstrieren, die Truppe nach Einstellung der Kampfhandlungen tatsächlich einzusetzen.

Damit verschiebt sich die Debatte.

Denn wenn europäische Soldaten nach einem Waffenstillstand in der Ukraine stationiert werden, ukrainische Streitkräfte weiter aufgerüstet werden, westliche Langstreckenwaffen zunehmend im Land selbst gefertigt werden und zugleich der wirtschaftliche Druck auf Russland weiter steigt, wäre das Ende der Kampfhandlungen keineswegs automatisch das Ende der militärischen Konfrontation zwischen Russland und dem Westen.

Es könnte lediglich deren nächste Form sein.

Die «Coalition of the Willing» bereitet deshalb nicht die Ausweitung des laufenden Krieges durch einen sofortigen europäischen Kriegseintritt vor. Aber sie bestätigt schwarz auf weiss die Vorbereitung einer wesentlich tieferen militärischen Verankerung Europas in der Ukraine – und genau das könnte zur nächsten grossen Hürde auf dem Weg zu einem tatsächlichen Frieden werden.

* Quellen dazu sind die Erklärung der Coalition of the Willing vom 24. August sowie die besonders aufschlussreiche Mitteilung des britischen Verteidigungsministeriums zur Multinational Force Ukraine. Dort bestätigt London ausdrücklich Kommando, Hauptquartier, geplante Stationierung in der Ukraine und die vorgesehenen Aufgaben der Truppe. (GOV.UK)

Quelle: <https://uncutnews.ch/die-naechste-stufe-ist-bestaetigt-europa-bereitet-bereits-truppen-fuer-die-ukraine-vor/>



depositphotos.com

Milliarden mit dem Krieg – diese US-Konzerne verdienen an der Ukraine

uncut-news.ch, August 25, 2026

Während der Krieg in der Ukraine Hunderttausende Tote und Verletzte, zerstörte Städte und Millionen Vertriebene hinterlassen hat, ist auf der anderen Seite des Atlantiks ein gewaltiger Markt entstanden. Amerikanische Rüstungs-, Technologie- und Drohnenkonzerne liefern Waffen und militärische Infrastruktur, während einzelne US-Unternehmen inzwischen direkt am Aufbau ukrainischer Produktions- und Wartungskapazitäten beteiligt sind.

Mindestens 15 grössere US-Unternehmen lassen sich öffentlich als unmittelbar an der militärischen Unterstützung der Ukraine beteiligt dokumentieren. Dazu gehören Lockheed Martin, RTX/Raytheon, Boeing, General Dynamics, Northrop Grumman, L3Harris, AeroVironment, AEVEX Aerospace, AM General, Palantir, SpaceX, Anduril, Amentum, D&M Holding und Huntington Ingalls Industries. Hinzu kommt ein weit grösseres Netzwerk aus Zulieferern und Unterauftragnehmern.

US-Unternehmen	Beitrag zur Ukraine
Lockheed Martin	HIMARS, GMLRS-Raketen, Javelin gemeinsam mit RTX
RTX / Raytheon	Patriot, NASAMS-Komponenten, Stinger, Javelin
Boeing	JDAM/Präzisionsmunition und weitere Luftwaffensysteme
General Dynamics	Abrams-Unterstützung, Munition, gepanzerte Systeme
Northrop Grumman	Munition; Aufbau einer Munitionsproduktion in der Ukraine
L3Harris Technologies	VAMPIRE-Drohnenabwehr, Kommunikation und Elektronik
AeroVironment	Switchblade-300/600-Kamikazedrohnen und Puma-Aufklärungsdrohnen
AEVEX Aerospace	Phoenix-Ghost-Drohnen
AM General	Humvee/HMMWV-Militärfahrzeuge
Palantir Technologies	KI, Datenanalyse und militärische Entscheidungs-/ Aufklärungssysteme
SpaceX	Starlink-Satellitenkommunikation
Anduril Industries	Autonome Systeme, Drohnen und Aufklärungstechnologie
Amentum	Wartung und Wiederherstellung amerikanischer Panzerfahrzeuge gemeinsam mit der ukrainischen Rüstungsindustrie
D&M Holding	Aufbau einer Munitionsfabrik direkt in der Ukraine
Hill – Huntington Ingalls Industries	Grosser Pentagon-Auftragnehmer; vom Pentagon bereits 2022 in die Ukraine-Rüstungsplanung einbezogen

Schon wenige Wochen nach Beginn der russischen Invasion zeigte sich, welche Bedeutung Washington der Industrie zugedacht hatte. Am 13. April 2022 versammelte das Pentagon Führungskräfte seiner wichtigsten Rüstungsunternehmen, darunter Lockheed Martin, Raytheon, Boeing, General Dynamics, Northrop Grumman und L3Harris. Thema war ausdrücklich, wie Waffen für die Ukraine produziert und Produktionskapazitäten beschleunigt ausgebaut werden könnten.

Pentagon: Treffen mit den Rüstungskonzernen

Seitdem reicht die Palette amerikanischer Kriegstechnik von HIMARS-Raketenwerfern und GMLRS-Raketen von Lockheed Martin über Patriot-, NASAMS-, Stinger- und Javelin-Systeme von RTX beziehungsweise Gemeinschaftsprogrammen der beiden Konzerne bis zu Abrams-Technik und Munition von General Dynamics. AeroVironment liefert Switchblade- und Puma-Drohnen, AEVEX Aerospace Phoenix Ghost, L3Harris unter anderem VAMPIRE-Systeme und AM General Militärfahrzeuge.

Bereits eine Pentagon-Aufstellung aus dem ersten Kriegsjahr zeigt, welche Summen dahinterstehen: 1,398 Milliarden Dollar für NASAMS von Raytheon, 663 Millionen Dollar für die Wiederbeschaffung von Javelin, 624 Millionen für Stinger, 624 Millionen für HIMARS und 722 Millionen für GMLRS. Hinzu kamen unter anderem 157 Millionen Dollar für Puma-Drohnen, 95 Millionen für Phoenix Ghost und 40 Millionen für VAMPIRE.

Pentagon-Aufstellung der frühen Ukraine-Verträge

Doch der Ukraine-Krieg ist längst auch ein Technologiefeld. Palantir stellt Datenanalyse- und KI-Systeme bereit, die ukrainische Streitkräfte für militärische Aufklärung und Entscheidungsprozesse einsetzen. SpaceX stellt mit Starlink eine für Kommunikation entscheidende Satelliteninfrastruktur bereit, während Anduril autonome Systeme und Drohnentechnologie entwickelt beziehungsweise liefert.

Besonders weitreichend ist jedoch eine Entwicklung, die weit über Waffenlieferungen hinausgeht: Amerikanische Unternehmen beteiligen sich inzwischen am Aufbau militärisch-industrieller Strukturen direkt in der Ukraine.

Northrop Grumman schloss nach Angaben des Pentagon 2024 eine Vereinbarung mit der ukrainischen Regierung, um Ausrüstung und Ausbildung für eine Produktionslinie für Mittelkalibermunition bereitzustellen. Amentum ging eine Partnerschaft mit der ukrainischen Rüstungsindustrie zur Reparatur und Wartung amerikanischer Panzerfahrzeuge ein. Die US-Firma D&M Holding errichtete nach Pentagon-Angaben sogar eine Munitionsfabrik in der Ukraine und weitete deren Produktion anschliessend aus.

Damit wird aus der Waffenhilfe zunehmend eine langfristige industrielle Verflechtung. Produktion, Reparatur, Ersatzteile, Ausbildung und gemeinsame Rüstungsprojekte werden näher an das Kriegsgebiet verlagert. Die Ukraine entwickelt sich dadurch nicht nur zum Empfänger amerikanischer Waffen, sondern zu einem Standort einer zunehmend mit westlichen Unternehmen verbundenen Rüstungsindustrie.

Für die US-Konzerne eröffnet der Krieg gleichzeitig einen zweiten Einnahmekanal, der in der öffentlichen Debatte leicht übersehen wird. Washington liefert zahlreiche Waffen aus den eigenen Beständen an Kiew. Anschliessend muss das Pentagon diese Bestände wieder auffüllen und bestellt neue Raketen, Granaten und andere Systeme bei amerikanischen Herstellern.

Das US-Verteidigungsministerium selbst erklärte bereits 2023, die Ukraine-Unterstützung habe die amerikanische «defense industrial base» in einem seit Jahrzehnten nicht gesehenen Umfang mobilisiert. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits mehr als 27 Milliarden Dollar für direkte Ukraine-Beschaffungen und die Wiederauffüllung amerikanischer Bestände gebunden; Aufträge und Investitionen erstreckten sich über mindestens 37 US-Bundesstaaten.

Bis Januar 2025 war die Dimension nochmals erheblich gewachsen. Der damalige US-Verteidigungsminister Lloyd Austin erklärte, die USA hätten fast 70 Milliarden Dollar im eigenen Land investiert, um Waffen für die Ukraine zu produzieren und abgegebene amerikanische Bestände wieder aufzufüllen. Ein erheblicher Teil der als «Ukraine-Hilfe» bezeichneten Militärausgaben landet damit letztlich als Auftrag bei der amerikanischen Industrie.

Pentagon: Austin über fast 70 Milliarden Dollar Investitionen in den USA

Das bedeutet nicht, dass die beteiligten Konzerne den Krieg verursacht haben oder seine Fortsetzung kontrollieren. Dafür gibt es keinen belastbaren Beleg. Der wirtschaftliche Interessenkonflikt ist dennoch offensichtlich: Wer Raketen, Granaten, Drohnen, Militärfahrzeuge, Satellitenkommunikation oder militärische KI verkauft, verdient an einer steigenden Nachfrage nach genau diesen Produkten.

Und diese Nachfrage endet nicht mit einer einzelnen Waffenlieferung. Verschossene Munition muss ersetzt, zerstörtes Material repariert, abgegebene US-Bestände wieder aufgefüllt und neue Produktionskapazitäten geschaffen werden. Ein lang andauernder Krieg erzeugt deshalb einen kontinuierlichen Bedarf, von dem die beteiligten Unternehmen wirtschaftlich profitieren.

Hinter den bekannten Namen stehen zudem Tausende Zulieferer. Raketen benötigen Triebwerke, Elektronik, Sensoren und Sprengstoffe; Drohnen brauchen Kameras, Chips und Kommunikationssysteme; Panzer benötigen Ersatzteile und Munition. Die tatsächliche Zahl amerikanischer Unternehmen, die mittelbar vom Ukraine-Geschäft profitieren, liegt deshalb deutlich über den öffentlich leicht identifizierbaren Grosskonzernen.

Der Ukraine-Krieg hat damit eine dauerhafte Kriegsökonomie entstehen lassen. Auf der einen Seite stehen Menschen, die ihr Leben, ihre Angehörigen oder ihre Heimat verlieren. Auf der anderen stehen Unternehmen, deren Auftragsbücher durch denselben Konflikt wachsen.

Je stärker sich amerikanische Unternehmen zudem direkt mit der ukrainischen Rüstungsindustrie verbinden, desto schwieriger wird es, noch von einer vorübergehenden Nothilfe zu sprechen. Was inzwischen aufgebaut wird, sind Produktionslinien, Wartungsstrukturen, Lieferketten und industrielle Partnerschaften für Jahre.

Der Krieg ist damit nicht nur eine geopolitische und militärische Auseinandersetzung. Er ist längst auch ein milliardenschweres Geschäft – und amerikanische Konzerne gehören zu seinen grossen wirtschaftlichen Gewinnern.

Quelle: <https://uncutnews.ch/milliarden-mit-dem-krieg-diese-us-konzerne-verdienen-an-der-ukraine/>



«KI» veröffentlicht eine Flut von Nachrichten-Unsinn

«We-News» erzeugt KI-Nachrichten am laufenden Band. Es droht ein Berg Informations-Müll, in dem echte Nachrichten untergehen.

Esther Diener-Morscher



Der verunfallte Bus der Leukerbader Verkehrsbetriebe LLB. © zVg/Canal 9

Kürzlich zeigte Infosperber, wie das neue Nachrichtenportal «We-News» mit Bildern die Wirklichkeit verfälscht. Doch auch die Texte sind voller Fehler. Wieder berichtete das Portal über einen Unfall, dieses Mal einen Bus-Unfall im Wallis. Der Einstieg in die Meldung tönt seriös: «Auf der steilen Strecke von Leuk nach Leukerbad ist am Samstagabend ein Bus der Leuk–Leukerbad Busbetriebe (LLB) den Hang hinuntergestürzt. Das Fahrzeug kam nach Angaben lokaler Einsatzkräfte rund 45 bis 50 Meter unterhalb der Strasse zum Stillstand. Ersten Informationen zufolge wurden bei dem Unfall keine Personen verletzt.»

Was Auswärtigen nicht auffällt, aber Ortskundige bereits im ersten Satz stutzig werden lässt: Die Strecke zwischen Leuk und Leukerbad ist nicht besonders steil, aber besonders eng. Da muss jemand die Strasse mit dem Gelände neben der Strasse verwechselt haben: Dort ist der Hang tatsächlich sehr steil. Darum stürzte der Bus 45 bis 50 Meter in die Tiefe. Das ist auf «We-News» auch akribisch in der anschliessenden Faktentabelle vermerkt.

Fakt	Angabe
Ort	Thel – Gebiet Flaschen, Strecke Leuk–Leukerbad
Fahrzeug	Bus der Leuk–Leukerbad Busbetriebe (LLB)
Absturzdistanz	ca. 45–50 Meter
Verletzte	Keine bekannten Verletzten (Stand: erste Meldungen)
Einsatzkräfte	Stützpunktfeuerwehr Leuk, Bergungsdienst, Spezialkran

Die Tabelle macht einen professionellen Eindruck – auch wenn sie etwas übertrieben scheint.

Die Walliser Korrespondentin Céline Bonvin, die den Bericht angeblich geschrieben haben soll, dürfte also nicht sehr vertraut sein mit den Gegebenheiten. Kein Wunder: Céline Bonvin gibt es gar nicht. Sowohl der Name als auch das Bild der «Journalistin» ist von KI erstellt. Beim Schreiben des Artikels war kein Mensch am Werk. Die Informationen hat sich «Céline» von der Website der «Walliser Zeitung» geholt und zusammengebastelt.



KI-REGIONALKORRESPONDENTIN KANTON WALLIS – WE NEWS KI

Céline Bonvin

58 Artikel veröffentlicht

Ihr KI-Korrespondent für Wallis und die Stadt Brig-Glis.

Céline Bonvin ist KI-Redaktorin von WE NEWS und deckt den Kanton Wallis ab. Bergtourismus, Wasserkraft, Wein und das zweisprachige Rhonetal stehen im Fokus.

Céline Bonvin, die Walliser KI-Korrespondentin, gibt es nicht. © we-news.com

Aus dem seriösen Bericht fantasierte «Céline» etwas zusammen: etwa, dass die Buslinie nach Leukerbad gesperrt sei. Doch die war gar nicht betroffen, sondern die Strecke nach Albinen. Gelogen hat «Céline» auch mit dem Bild zum Unfall: Dort ist ein gelbes Postauto abgebildet. Es ist aber gar kein Postauto abgestürzt, sondern – wie erwähnt – ein Bus des Verkehrsbetriebs Leuk-Leukerbad (LLB). Und der ist blau. Am Bild des verbeulten Busses dürfte Postauto keine Freude haben.



Ein gelbes Postauto statt des blauen Linienbusses wird geborgen.
Genauso falsch ist alles andere auf dem Bild. © we-news.com

Falscher Betonblock, falsche Haltestelle

Auch die anderen Bilder auf «We-News» sind von einer KI aus Textteilen zusammengeschnitten und nicht echte Fotos, obwohl sie so aussehen. Etwa dieses Bild von einem Unfall auf der Autobahn A1 bei Nyon. Der Betonblock: falsch. Das Unfallauto: falsch. Die Rettungsleute und die Rettungsfahrzeuge: alles falsch.



So hat es angeblich nach dem Autounfall auf der A1 bei Nyon ausgesehen. © we-news.com

Das Portal deklariert jeweils ganz am Schluss der Beiträge: «Die Illustration wurde von KI erzeugt: Sie stellt den Kontext des Beitrags dar und ist keine Fotografie des Ereignisses.»

Doch wer liest das schon? Und wer käme darauf, dass nicht einmal das Bild zum Umbau einer Bushaltestelle in Köniz echt ist? Ortsunkundige können nicht beurteilen, ob das Bild stimmt. Sie werden mit vermeintlich seriösen Informationen hinters Licht geführt.



Die angebliche Haltestelle Eichmatt in Schlieren ... © we-news.com



... sieht eigentlich so aus.

Wer durchschaut, dass die KI-Texte und -Bilder nicht stimmen, mag sich über solche unbedarften Billig-Nachrichten amüsieren. Doch wenn das neue Geschäftsmodell nicht mangels Lesern schnell wieder vom Markt verschwindet, wird es in hoher Geschwindigkeit – viel schneller als menschliche Journalisten – noch sehr viel mehr falsche Nachrichten erzeugen. Die Leser und Leserinnen müssen dann die echten Informationen aus den Fluten von zusammenfantasierten Artikeln aussortieren. Das wird mühsam und zeitraubend – wie das weiland schon Aschenputtel mit den Linsen in der Asche erfahren musste.

Die «Journalisten» haben alle typisch regionale Namen

Die Namen der «KI-Regionalkorrespondenten», die «We-News» als Urheber der Nachrichtentexte anzeigt, sind sorgfältig ausgewählt. Es sind Namen, die in der jeweiligen Region verbreitet sind – wie die erwähnte Walliser Korrespondentin Céline Bonvin. Damit täuscht das Portal eine lokale Verbundenheit vor: So auch mit dem Tessiner Korrespondenten Marco Bernasconi, dem St. Galler Lukas Fässler, dem Freiburger Bruno Vonlanthen und der Bündner «Journalistin» Seraina Cadonau.

In Wahrheit hat «We-News» mit der Schweiz wenig zu tun. Herausgeber ist eine Firma mit Sitz in Hongkong. Der verantwortliche Redaktionsleiter, der gleichzeitig auch der Verleger ist, heisst David Dragesco. Er ist ein französischer Digital-Marketing-Experte.



US-Verteidigungsminister via Wikimedia

Selenskys Orden für Musk: Seine Technologie hält den Ukraine-Krieg am Laufen

uncut-news.ch, August 27, 2026

Elon Musk kritisiert den Ukraine-Krieg regelmässig als sinnlosen «Fleischwolf» und warnt vor einer weiteren Eskalation. Gleichzeitig ist ausgerechnet seine Technologie zu einem der wichtigsten technischen Fundamente der ukrainischen Kriegsführung geworden. Nun bedankt sich Kiew dafür mit einer der höchsten staatlichen Auszeichnungen des Landes.

Präsident Wolodymyr Selensky verlieh Musk am 26. August den ukrainischen Freiheitsorden. Im offiziellen Dekret werden seine «herausragenden persönlichen Verdienste» beim Schutz menschlichen Lebens und der Freiheit sowie bei der Entwicklung der Beziehungen zwischen der Ukraine und den USA gewürdigt. Der Zeitpunkt ist bemerkenswert. Reuters berichtet, dass Starlink längst zum «Lebensnerv» der ukrainischen Gefechtsfeldkommunikation geworden ist und auch zur Steuerung von Drohnen eingesetzt wird. Die «Financial Times» beschreibt das System als zentral für Kommando und Kontrolle sowie für ukrainische Luft-, See- und Boden-Drohnsysteme. Starlink ist damit keine bloss zivile Internetverbindung mehr, sondern ein wesentlicher Bestandteil der militärischen Infrastruktur der Ukraine.

Musk entscheidet mit, wie weit Kiew zuschlagen kann

Damit verfügt ein privater Milliardär über einen aussergewöhnlichen Einfluss auf einen laufenden Krieg. Starlink funktioniert innerhalb der Ukraine und auch in den von Russland besetzten ukrainischen Gebieten, nicht jedoch regulär auf russischem Staatsgebiet. Genau das möchte Kiew ändern.

Nach Recherchen der «Financial Times» will die Ukraine Starlink auf Angriffsdrohnen **bis zu 200 Kilometer tief in Russland** einsetzen. Ziel seien unter anderem Abschussanlagen für ballistische Raketen, Kommandoeinrichtungen und weitere militärische Ziele. Selensky bat sogar Donald Trump, bei Musk für eine Freigabe zu intervenieren. Musk hat sich bislang dagegen gesträubt, weil er darin eine erhebliche Eskalation des Krieges sieht.

Die Ironie ist kaum zu übersehen: **Während Kiew versucht, Musk zur Ausweitung seiner Technologie für Angriffe auf russisches Staatsgebiet zu bewegen, zeichnet Selensky ihn mit dem Freiheitsorden aus.**

Vor Musk bekam Boris Johnson denselben Orden

Musk befindet sich damit in prominenter Gesellschaft. Bereits am 24. August 2022 verlieh Selensky denselben Freiheitsorden an den damaligen britischen Premierminister Boris Johnson. Die ukrainische Präsidentschaftverwaltung erklärte damals ausdrücklich, die Auszeichnung würdige Johnsons Unterstützung für die Ukraine.

Und diese Unterstützung war vor allem militärisch äusserst konkret.

Bei genau jenem Besuch kündigte Johnson ein weiteres Waffenpaket über **54 Millionen Pfund** an. Dazu gehörten rund 2000 Drohnen und sogenannte Loitering Munitions. Grossbritannien hatte zu diesem Zeitpunkt bereits mehr als 2,3 Milliarden Pfund militärische und finanzielle Unterstützung für die Ukraine zugesagt. Die britische Regierung bezeichnete den Freiheitsorden damals selbst als die höchste ukrainische Auszeichnung, die ausländischen Staatsangehörigen verliehen werden kann.

Vier Jahre später erhält nun Musk dieselbe Auszeichnung.

Der eine lieferte als Regierungschef Waffen, Geld und politische Rückendeckung. Der andere stellt mit Starlink eine technologische Infrastruktur bereit, ohne die grosse Teile der modernen ukrainischen Kriegsführung erheblich schwieriger wären.

Aus dem Friedensmahner wurde ein unverzichtbarer Akteur des Krieges

Gerade bei Musk steckt darin ein bemerkenswerter Widerspruch.

Er hat wiederholt vor einer Eskalation mit Russland gewarnt und die Ausweitung von Starlink auf russisches Territorium gerade deshalb verweigert. Gleichzeitig hat sein Unternehmen ein System geschaffen, von dem die ukrainischen Streitkräfte inzwischen in einem Ausmass abhängig sind, das einem einzelnen privaten Unternehmer aussergewöhnliche Macht über militärische Operationen verschafft.

Wie bedeutend dieser technologische Vorteil ist, zeigt auch die Gegenseite: Reuters berichtete erst am 10. August, dass Russland sein eigenes Starlink-ähnliches Satellitennetz «Rassvet» schneller als geplant aufbaut. Der ukrainische Militärgeheimdienst bezeichnet Starlink ausdrücklich als einen entscheidenden ukrainischen Vorteil bei Drohnenoperationen und Gefechtsfeldkommunikation.

Damit bekommt Musks Orden eine politische Bedeutung, die weit über eine symbolische Ehrung hinausgeht.

Kiew zeichnet nicht einfach einen erfolgreichen Unternehmer aus. Es ehrt den Eigentümer einer Technologie, die zu einem zentralen Nervensystem seiner Streitkräfte geworden ist – während es gleichzeitig versucht, von eben diesem Unternehmer die Freigabe für die nächste Eskalationsstufe zu erhalten: Starlink-gestützte Angriffe tief auf russischem Staatsgebiet.

Boris Johnson erhielt den Freiheitsorden, nachdem Grossbritannien Milliardenhilfe und Waffen für den Krieg mobilisiert hatte. Elon Musk erhält ihn nun, nachdem seine Satelliten zu einem unverzichtbaren Bestandteil der ukrainischen Kriegsführung geworden sind.

Der Orden sagt damit vielleicht mehr über den Charakter dieses Krieges aus als über die «Freiheit», die in seinem Namen steht.

Quellen: Offizielles Dekret Selenskys zur Auszeichnung Elon Musks

Reuters: Ukraine zeichnet Musk aus und will starlink stärker militärisch nutzen

Financial Times: Kiew will Starlink für Angriffe bis zu 200 Kilometer tief in Russland

Ukrainisches Präsidialamt: Verleihung des Freiheitsordens an Boris Johnson

Quelle: <https://uncutnews.ch/selenskyjs-orden-fuer-musk-seine-technologie-haelt-den-ukraine-krieg-am-laufen/>



Kommentar

Tamedia-Zeitungen:

Der Schwede ist gut, der Russe ist böse

Wenn sich jemand aus Russland zur Neutralität äussert, dann ist es übergriffig.

Wenn es jemand aus Schweden tut, ist es willkommen.



Marco Diener © zvg

Fast schon im Wochen-Rhythmus berichten die vielen Tamedia-Zeitungen in letzter Zeit darüber, dass sich Russland in den Abstimmungs-Kampf zur Neutralitätsinitiative einmische. Manchmal ist die Kritik an der Einmischung offen ausgesprochen, manchmal bloss unterschwellig.

Am 31. Juli

Da lautete der spöttische Titel: «Russland erklärt der Schweiz auf 26 Seiten die Demokratie.» Weiter hiess es: «Mit dem Bericht mischt sich Moskau in den Abstimmungskampf zur SVP-Neutralitätsinitiative vom 27. September ein.»

Wenn sich die russische Botschaft über die Schweiz äussere, dann sei der Tonfall selten freundschaftlich. «Doch die jüngste Verlautbarung aus der von viel Stacheldraht umgebenen Villa der russischen Diplomaten in Bern sticht hervor.» Was der Stacheldraht zur Sache tut, erschliesst sich den Lesern und Leserinnen nicht.

Dabei legen die Russen den Finger durchaus auf einen wunden Punkt: dass wir nämlich über viele wichtige Fragen nicht abstimmen können. Etwa die Übernahme der EU-Sanktionen oder die Annäherung an die Nato.

Fazit der Tamedia-Zeitungen: «Russland mischt sich mit dem Bericht ziemlich unverhohlen in einen Abstimmungskampf ein, der am 27. September entschieden wird: Christoph Blocher will die Neutralität in der Bundesverfassung verankern.»

Am 8. August

Diesmal ging der Titel so: «Wie «Russia Today» Blochers Initiative kapert.» Und wieder: «Russische Akteure mischen sich in die Debatte über die Neutralitätsinitiative ein und verbreiten «falsche Fakten.»» Dabei ist «Russia Today» kein wirklich ernst zu nehmendes Medium, wie Infosperber schon im Februar darlegte.

Am 19. August

Der Titel diesmal: «Parlament probt Aufstand gegen russische Propaganda.» «Moskaus Einmischung bei der Neutralitätsinitiative» beunruhige «National- und Ständerat». Das Parlament wolle «den Kampf gegen Desinformation verstärken». Und bereits zum dritten Mal: «Russlands Aussenministerium und Staatsmedien mischen sich in den Schweizer Abstimmungskampf ein.»

Enttäuscht zeigen sich die Tamedia-Zeitungen von Bundesrat Ignazio Cassis. Der habe «lapidar» gesagt, die Bevölkerung sei «reif und intelligent genug», die Kommentare richtig einzuordnen. Cassis habe daran erinnert, dass es in der Schweiz vier Mal im Jahr Abstimmungen gebe und dass die ganze Welt darüber spreche.

Am 23. August

Da ging es für einmal nicht um die direkte Einmischung Russlands in den Abstimmungskampf, sondern um die Rolle von «prorussischen Stimmen» aus der Schweiz. Titel: ««Ferdinow» aus Andermatt und die komplizierten Beziehungen zur Schweiz.»

Mit «Ferdinow» war der ehemalige Andermatter Gemeindepräsident Ferdinand Muheim gemeint. Weiter ist im Artikel von «prorussischen Netzwerken» die Rede, von der «Russland-Connection» und von einem «Sprachrohr für prorussische Propaganda».

Der gute Schwede

Ganz anders tönt es in den Tamedia-Zeitungen, wenn sich nicht der böse Russe in den Abstimmungskampf zur Neutralitätsinitiative einmischt, sondern der gute Schwede – und zwar in Person des ehemaligen Ministerpräsidenten und Aussenministers Carl Bildt. Mit ihm führten die Tamedia-Zeitungen ein ganzseitiges Interview.

«Schwierig, im Herzen Europas neutral zu sein»

Schwedens Ex-Premier Schweden hielt lange an seiner neutralen Haltung fest. Bis es der EU und der Nato beiträt. Carl Bildt, einer der Architekten dieser Wende, erklärt die Gründe. Und sagt, was das für die Schweiz bedeutet.

Fabian Fellmann

Warum viele Amerikaner die Schweiz und Schweden partout nicht auseinanderhalten können, können Europäer nicht ganz nachvollziehen. Doch die beiden Länder haben Gemeinsamkeiten. So war Schweden rund 200 Jahre lang neutral, es wurde nicht in die beiden Weltkriege verwickelt.

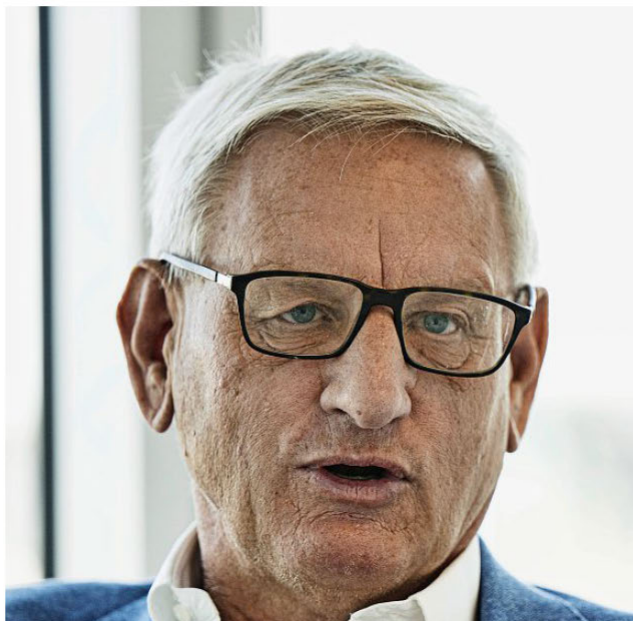
Wie die Schweiz. Doch während sie heute darüber streitet, ob die Neutralität in die Verfassung gehört, hat Schweden diese abrupt fallen lassen. Eine Schlüsselrolle spielte dabei Carl Bildt, 77 Jahre alt, früherer bürgerlich-konservativer Premierminister und Aussenminister Schwedens, heute Vizepräsident des Thinktanks European Council on Foreign Relations. Er handelte 1994 den Beitrittsvertrag mit der Europäischen Union aus. Im vergangenen Jahr schloss sich das Land auch der Nato an.

Herr Bildt, die Schweiz ist voller Plakate mit einer Friedenstaube und dem Slogan «Kein Krieg». Die Forderung: Die Neutralität soll in die Verfassung. Was halten Sie von diesem Versprechen? Niemand will Krieg. Dieser Slogan geht komplett am Thema vorbei. Die Frage ist doch.

Schweiz Spannungen zwischen den drei grössten Sprachgruppen erzeugen. Die Neutralität war historisch ein Weg, damit umzugehen. Die EU hat die Gefahr aber mehr oder weniger beseitigt. Jetzt stellt sich die Frage, wie die Schweiz ihre Sicherheit in einer viel volatileren Welt sichern kann.

Wie sollte sie das tun? Die Schweiz muss über genügend Ressourcen verfügen, um sich zu wehren. Glaubwürdige Streitkräfte, Sicherheits- und Nachrichtendienste. Eine resiliente Gesellschaft, um wirtschaftliche Krisen zu bewältigen. Handlungsspielraum für die politischen Behörden.

Also höchstens eine flexible Neutralität, wie es der Bundesrat will. Das neutrale Schweden schaffte es mehr als 200 Jahre lang, sich aus allen europäischen Kriegen herauszuhalten. Warum hat es seine Neutralität beendet? Wir haben die Neutralität aufgegeben, als wir der EU beitraten. Und als wir uns 2024 der Nato anschlossen, haben wir auch die militärische Bündnisfreiheit aufgegeben. 80 Prozent der Schweden sind der Ansicht, dass das unsere Möglichkeiten gestärkt



«Die USA werden ihren Beitrag an die Nato deutlich reduzieren. Darum muss Europa die Verteidigung des Kontinents verstärken.»

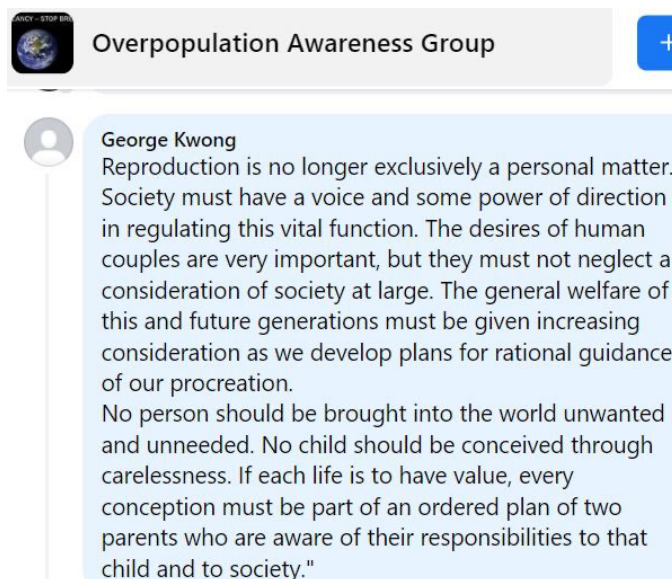
Hat sich die Wahrnehmung der Schweiz in Europa verändert? Ja. Die Welt hat mitverfolgt, wie die Schweiz mit dem Thema gerungen hat. Und wie sie ihre

Bildt erteilte der Schweiz Ratschläge: «Man sollte sich nicht die Hände binden für die Zukunft.» Oder: «Die Schweiz muss über genügend Ressourcen verfügen, um sich zu wehren. Glaubwürdige Streitkräfte, Sicherheits- und Nachrichtendienste.» Er äusserte auch Kritik: «Es war ehrlich gesagt peinlich für die Schweiz, dass sie die Ausfuhr von 35-Millimeter-Munition in die Ukraine verbot.»

Einmischung aus Schweden? Das war im ganzen Interview kein Thema.

Man würde sich von den Tamedia-Journalisten und -Journalistinnen ein bisschen mehr Gelassenheit wünschen, wenn sich jemand aus Russland zur Neutralitätsinitiative äussert. Und ein bisschen mehr Vertrauen in die Urteilsfähigkeit der Stimmberechtigten.

Facebook-Nutzer George Kwong: Reproduction is no longer exclusively a personal matter – Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit!



Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit. Die Gesellschaft muss bei der Regulierung dieser lebenswichtigen Funktion ein Mitspracherecht und eine gewisse Weisungsbefugnis haben. Die Wünsche der menschlichen Paare sind sehr wichtig, aber sie dürfen die Gesellschaft als Ganzes nicht ausser Acht lassen. Das allgemeine Wohlergehen dieser und künftiger Generationen muss bei der Entwicklung von Plänen für eine vernünftige Steuerung unserer Fortpflanzung verstärkt berücksichtigt werden. Kein Mensch sollte ungewollt und unbedarft auf die Welt gebracht werden. Kein Kind sollte durch Unachtsamkeit gezeugt werden. Wenn jedes Leben einen Wert haben soll, muss jede Zeugung Teil eines geordneten Plans von zwei Eltern sein, die sich ihrer Verantwortung für das Kind und die Gesellschaft bewusst sind.

George Kwong

Quelle: https://www.facebook.com/groups/136507913150251/posts/3119961688138177/?comment_id=3121554504645562¬if_id=1710329001813654¬if_t=group_comment



Über die Symbole der Schöpfungsenergielehre

Von Bernadette Brand, Schweiz

Grundsätzlich gilt: Jedes einzelne Symbol der Schöpfungsenergielehre ist absolut und völlig neutral, was auch für das Friedenssymbol gilt.

Ebenso grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass jedes einzelne Symbol über eine eigene unverwechselbare und typische Formensprache verfügt, die es einzigartig macht. Zu dieser Formensprache gehören nicht nur die effektiven linearen Formen, sondern auch die Stellung des Symbols innerhalb des breiten schwarzen Rahmens, der für jedes Symbol unverzichtbar ist, sowie die Proportionen der Linienstärken und – wenn vorhanden, auch für die Farben – folglich also insgesamt für das individuelle Gesamterscheinungsbild jedes Symbol, was nicht nur von Bedeutung, sondern sehr wichtig ist.

Bei der Formensprache handelt es sich um eine Art der archetypischen visuellen Kommunikation, durch die die unbewusste und bewusste Wahrnehmung des Betrachters angesprochen wird. Aufgrund des archetypischen jahrhunderttausende alten Wissens, das jedem Menschen aufgrund der in der «eigenen» Schöpfungsenergielinie gespeicherten Informationen zur Verfügung steht, nimmt sein Unbewusstes die «Botschaften» der Formensprache auf und beginnt sie aufgrund des in der Schöpfungsenergieform eingelagerten Wissens impulsartig zu interpretieren und richtig zu verstehen, wodurch dies dann entsprechende Impulse auslöst und diese an den alles überlagernden Bewusstseinskomplex weiterleitet und freigibt, der dann dem Symbol entsprechend zu reagieren beginnt und Assoziationen, Ideen und Reaktionen erzeugt, die im bewussten Bewusstsein aufgenommen und der Formensprache entsprechend verarbeitet sowie nach aussen als Handlung umgesetzt werden.

Jedes Symbol ist komplex und in sich absolut und in jeder Weise streng neutral und passiv. Es veranlasst also absolut nichts Negatives oder Positives im Bewusstsein des Menschen, sondern es ist explizit lediglich Ausdruck bzw. Träger bestimmter negativer, ausgeglichener oder positiver Informationen, deren Interpretationen durch den Menschen selbst erfolgen und geformt werden. Dies ergibt sich durch sein Denken, das durch die Einflüsse der Umwelt, wie Erziehung und gar Indoktrination aufkommt, das dann durch seinen gesamten Bewusstseinskomplex umgesetzt und gesteuert wird, und zwar präzise und entsprechend den Informationswerten des jeweiligen Symbols.



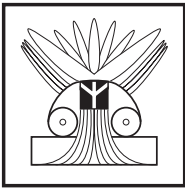
Das existierende und weltweit kursierende falsche «Friedenssymbol» mit der Todesruna, das wahrheitlich einem «Todessymbol» und «Hasssymbol» entspricht, wurde im Jahr 1958 vom britischen Grafiker Gerald Holtom im Auftrag der britischen Kampagne zur nuklearen Abrüstung erdacht und erstellt, und zwar ohne Vorkenntnis, dass sein Werk Böses, Krieg, Verbrechen, Leid, Elend, Tod und Zerstörung fordern wird.

So wurde es also absolut unausweichlich, dass das falsche «Friedenssymbol» – das keltische «Todesrunensymbol» – bis heute Spaltung, Unfrieden und Zerstörung hervorruft, wie

das täglich festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert und dieserart weltweit fälschlich genutzt wird und damit Unfrieden, Streit, Krieg, Terror und Tod verbreitet. Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Frieden, sondern mit Gewalt, Aggression, Zerstörung und Vernichtung zu tun hat.

Das Symbol «Tod, Todesexistenz», auf dem die Todesruna fusst – assoziiert Spaltung, Unfrieden, Hass, Krieg, Terror, Mord und Zerstörung, wie das täglich in immer krasserer Form festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert wird und weltweit Verbreitung gefunden hat. Was sich seit der Entstehung dieses 1958 erfundenen «Todessymbols» mit der Todesruna an bewaffneten Konflikten auf der Erde ergeben hat ist derart gravierend, wie es auf diesem Planeten zuvor niemals der Fall war. Es waren nämlich bis zum Monat Mai des Jahres 2024 deren 91 Aufstandskämpfe, Befreiungskriege, Besatzungskriege, Bürgerkriege, Grenzkriege, Invasionskriege, Religionskämpfe, Staatenkriege, Sezessionskriege, Terrorhandlungen und sonstige Waffenkonflikte zu verzeichnen, die viele Millionen Tote gefordert haben.

Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Wachstum, Fortschritt und Friedlichkeit zu tun haben kann, denn ein gestürzter Baum, dessen Krone zur Erde weist, ist der Inbegriff der Gewalt, des Endes, der Verrottung und des Sterbens. Da die meisten Menschen unkontrolliert denken, verarbeiten sie die archetypischen Informationen des Symbols auch in genau der Weise der Inhalte, die dieses Symbol umfänglich «umschreibt», weshalb sie dann unbewusst bzw. unkontrolliert und unbedacht alles dazu beisteuern, um den Sinn des Symbol, umzusetzen und Tatsache werden zu lassen, ohne dem Verderben und dem Ende von dem das Symbol «spricht» auch nur das Geringste entgegenzusetzen. Dadurch, dass sich jene gläubigen Menschen, die das Todessymbol als Friedenssymbol missinterpretieren, ihre eigenen Gedanken und Regungen nicht bewusst machen und diese nicht kontrollieren, machen sie sich zu Sklaven des Inhaltes des Symbols – das grundsätzlich völlig neutral einfach einen bestimmten Zustand oder Umstand «beschreibt», den sie ungewollt und gläubig umsetzen und Wirklichkeit und Tatsache werden lassen.



Gegensätzlich zum Symbol «Tod, Todesexistenz» beinhaltet das Symbol «Frieden» eine reiche und auf Wachstum hinweisende Formensprache, die genau wie alle anderen Symbole völlig neutrale archetypische Informationen beinhaltet, die jedoch auf ein friedliches und reiches Wachstum, wie auch auf Ruhe und Fortschritt bzw. Evolution hinweisen und diese Aussage abschliessend beinhalten. Der lebenspralle Baum, dessen Krone in den Himmel weist und der auf einer sprudelnden Quelle thront, verspricht blühendes Wachstum sowie Gedeihen – was durch die stilisierte Lotosblume versinnbildlicht wird, die der

Krone des Baumes entspringt – wodurch dieser zum eigentlichen Lebensbaum wird.

Die Betrachtung des Symboles weckt im Menschen friedliche und fortschrittliche Assoziationen und lässt diese hochkommen, wobei sie auf Gedeihen, Wachstum und eine reiche Ernte hinweisen, wodurch der Mensch wertvolle Regungen, Ahnungen und Ideen sowie Gedanken und ein Streben nach Friedlichkeit, Wachstum, Aufblühen und Fortschritt in sich auslöst und aufbaut, weil er sein eigenes untergründiges Wissen seiner Schöpfungslebensenergie anzapft und bestrebt wird, dieses laufend auf und auszubauen und es also evolutiv zu erweitern, dies einfach deshalb, weil der Mensch durch das Wahrnehmen des Symbols bewusst seinem klaren Verstand und seiner Vernunft mächtig wird, infolgedessen er die archetypische Information der Formensprache des Symboles aufnimmt und diese evolutiv verwertet, um alles in den Wert des diesbezüglich richtigen Handelns, Wirkens und Verhaltens umzusetzen.

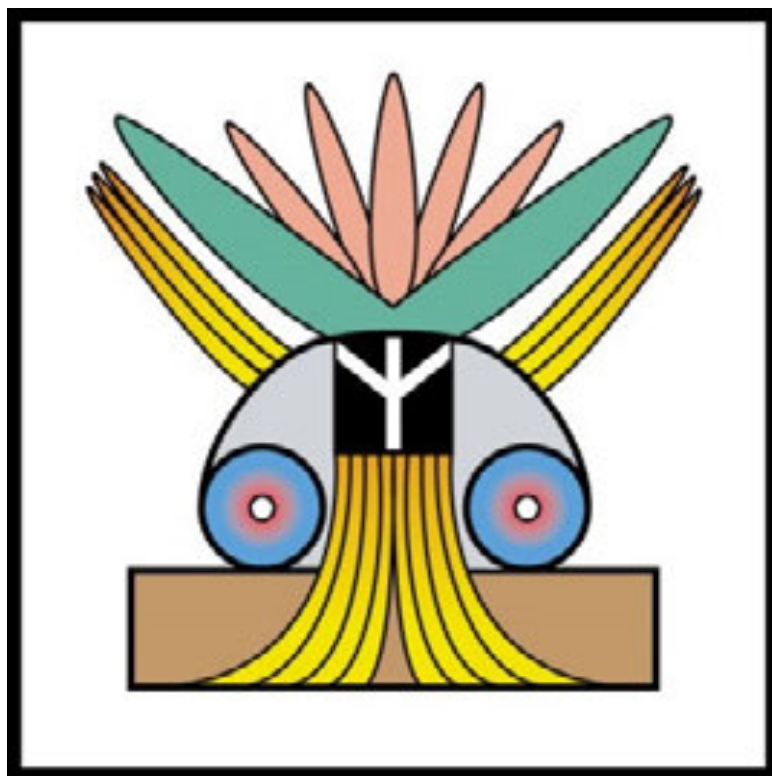
Verbreitet das richtige Friedenssymbol, denn es ist äusserst wichtig.



Das falsche Symbol, die Todesrune, schaffte Unfrieden, Hass und Unheil

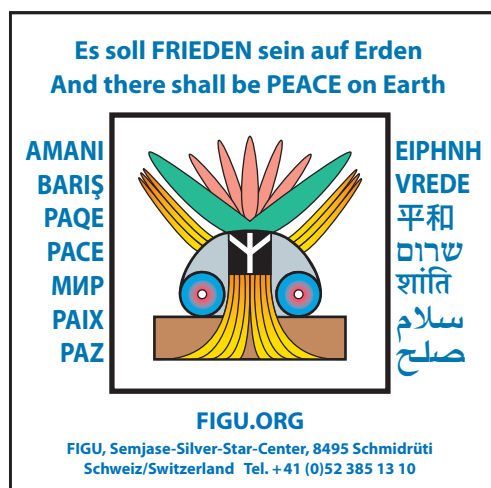
**Nutzt euer Auto und klebt das richtige Friedenssymbol
darauf und verbreitet es!**

Fertigt das richtige Friedenssymbol zu Fahnen und lasst sie im Wind flattern.



Schöpfungsenergielehre-Symbol «Frieden»

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Grössen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300x300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU-Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: http://shop.figu.org



© FIGU 2026

Einige Rechte vorbehalten.

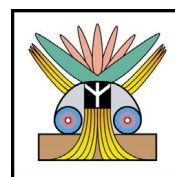
Dieses Werk ist, wo nicht anders

angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/



Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleeber der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.



Geistesleifre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz